

HÖRT HÖRT
 VÖLKER HÖRT DIE SIGNALE
 VÖLKER VÖLKER HÖRT
 HÖRT VÖLKER
 2014
 UBK
 UBK HÖRT UBK
 SIGNALE SIGNALE
 VÖLKER SIGNALE
 VÖLKER VÖLKER
 REGION HANNOVER SIGNALE
 REGION HANNOVER
 HÖRT SIGNALE
 VÖLKER
 REGION HANNOVER SIGNALE
 REGION HANNOVER
 HÖRT VÖLKER SIGNALE
 HÖRT VÖLKER VÖLKER
 SIGNALE SIGNALE
 UBK 2014 UBK
 VÖLKER

Unterbezirkskonferenz der
 Jusos Region Hannover 2014
 1. März 2014
 Im Freizeitheim Linden



Inhalt

Inhalt	3
Factsheet zur Unterbezirkskonferenz	5
Anfahrt	5
Vorschlag zur Tagesordnung	6
Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	7
Personalvorschläge zum Unterbezirksvorstand.....	8
Personalvorschläge für den Bezirksvorstand	9
Personalvorschläge zur Wahl zur Delegation der Bezirkskonferenz.....	10
Personalvorschläge zur Wahl zur Delegation der Landeskongress	11
Personalvorschläge zur Nominierung zum Bundeskongress	13
Rechenschaftsbericht des Unterbezirksvorstandes.....	14
Arbeitsprogramm 2014 – Völker hört die Signale!	22
Anträge zur Juso Unterbezirkskonferenz 2014	37
Antragsbereich Bildung	37
B1 - Inklusion ernstnehmen - angepasste Dauer des Anerkennungsjahre für SozialarbeiterInnen	37
B2- Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden Religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen	37
Antragsbereich Europa und Internationales	38
E1 - Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!	38
E2 - Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD in den Fraktionen Hannovers jetzt verwirklichen.....	40
E3 - Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen.....	41
Antragsbereich Feminismus.....	42
F1 - Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft	42
F2- Einheitliche und sichere Finanzierung von Frauenhäusern	42
F3 - Feminismus beleuchten – bessere Straßenbeleuchtung	43
Antragsbereich Gesundheit.....	44
G1 - Memento mori – Für ein Recht auf humanes Sterben	44
G2 - Kommunale Trägerschaft des Klinikum Region Hannover erhalten.....	45

G3 - „Kein Mensch ist illegal – Jeder Mensch hat das Recht auf medizinische Versorgung“	46
Antragsbereich Inneres	47
I1 – Resolution: Schöner leben ohne Nazi-Läden!	47
I2 - Dann lieber nackt! –Verbot von Kleidung der Marke „Thor Steinar“ in Stadien!	48
I3 - Resolution: Solidarisierung mit Hamburger BürgerInnen	48
I4 - Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Niedersächsische Polizei jetzt gehen muss	49
I5 - Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!.....	50
I6 - Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wolfen.....	51
I7 - Alternative für Deutschland verbieten!	52
Antragsbereich Soziales, Arbeit, Wirtschaft.....	53
S1 - Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten.....	53
S2 - Ausbildungsvertretungen stärken	54
S3 - Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung	56
S4 - Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich jetzt!.....	58
S5 - Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!.....	58
S6 - Den Wert von Arbeit sichern – Begrenzung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	59
S7- Autismusbegleithunde	60
S8 - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in Deutschland registrieren!.....	61
Antragsbereich Umwelt und VerbraucherInnenschutz.....	62
U1 - Lichtreduktion.....	62
U2 - Auflösung des EURATOM-Vertrages so schnell wie möglich!	62
U3 - keinen Raum lassen – VerbraucherInnen schützen.....	63
Antragsbereich Verschiedenes.....	64
V1 - Dem König sein revolutionäres Volk	64
V2 - Monarchie endlich überwinden! – Kunst im öffentlichen Raum fördern!	65
V3 - Sporthallen auch in den Ferien öffnen.....	65
V4 - Bußgeldkatalog nach skandinavischem Model!.....	66
V5 - Wahlrecht von Geburt an.....	67
Die Internationale.....	69

Factsheet zur Unterbezirkskonferenz

- Die Konferenz wird von 10:00 Uhr bis circa 19:00 Uhr dauern. Selbstverständlich wird es zwischendurch eine Pause geben.
- Die Konferenz findet im Freizeitheim Linden statt (Anfahrt siehe unten). Sie ist von der Bahnstation Ungerstraße (Linie 10 Richtung Ahlem) zu Fuß in 2 Minuten gut zu erreichen.
- Ihr könnt euch ab 9:30 Uhr akkreditieren (anmelden).
- Das Freizeitheim Linden ist barrierefrei.
- Getränke und Verpflegung können selbst mitgebracht werden. Darüber hinaus wird es ein warmes Mittagsangebot geben. Es wird sowohl ein vegetarisches, als auch ein fleischhaltiges Angebot geben. Die Kosten für das Mittagessen werden 4€ betragen und können nicht vom Unterbezirk übernommen werden.
- Im Anschluss an die Konferenz gibt es das Angebot den Abend gemeinsam ausklingen zu lassen. Wir werden euch auf der Konferenz detailliert informieren.
- Bitte achtet zu weiteren Information in der Woche vor der UBK auf die Infomail von Matthias Voß dem Vorsitzenden der austragenden AG.

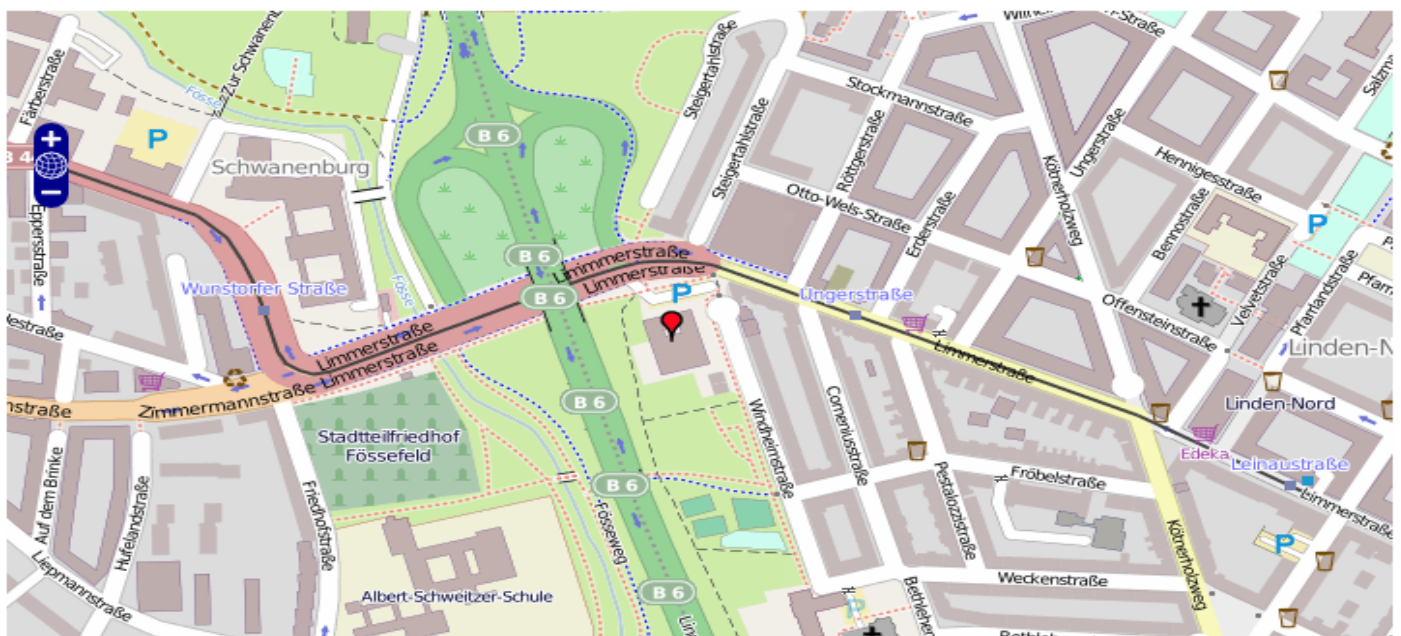
Anfahrt

Anreise mit der Straßenbahn vom Hauptbahnhof:

Mit der **Stadtbahnlinie 10 (Ahlem)** vom Hauptbahnhof (Ernst-August-Platz) bis zur Haltestelle Ungerstraße fahren. Ab dort links halten und ein paar Schritte die Limmerstraße gehen, um dann auf die Windheimstraße zu kommen. Das Freizeitheim Linden befindet sich in der Windheimstraße 4.

Anreise mit dem Auto:

Die **Westschnellwegausfahrt (B6) Linden-Nord** nehmen, weiterfahren auf die Limmerstraße und Windheimstraße einbiegen.



Vorschlag zur Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl des Präsidiums
 - b. Festlegung und Beschluss der Tagesordnung
 - c. Festlegung und Beschluss der Geschäftsordnung
 - d. Wahl von Mandatsprüfungs- und Zahlkommission
3. Grußworte
4. Rechenschaftsberichte
5. Aussprache zu den Rechenschaftsberichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Beratung und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm 2014 / 2015
8. Vorsitzendenwahl
9. Festlegung der Anzahl der stellv. Vorsitzenden
10. Wahl der stellv. Vorsitzenden
11. Nominierungen für den Bezirksvorstand
12. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso- Bezirkskonferenz
13. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso-Landeskonferenz
14. Nominierungen von Delegierten für den Juso-Bundeskongress
15. Antragsberatung
16. Schlusswort

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Die Unterbezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist.
2. Sind GenossInnen aus Orten anwesend, in denen zurzeit keine aktive Arbeitsgemeinschaft besteht, so kann die Konferenz diese mit einfacher Mehrheit als Delegierte zulassen. Die Quotierung gilt in diesem Fall entsprechend.
3. Diskussions- und Antragsrecht haben alle anwesenden GenossInnen unter 35 Jahren und alle JungsozialistInnen gemäß § 10, Abs. 2 Organisationsstatut der SPD, die im Unterbezirk Region Hannover gemeldet sind. Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten.
4. Wortmeldungen werden schriftlich beim Präsidium eingereicht, das Präsidium kann jederzeit für einen Tagesordnungspunkt oder eine Debatte erklären, dass Wortmeldungen durch einfaches Handaufheben erfolgen dürfen.
5. Es wird eine RednerInnenliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau und einem Mann das Wort erteilt wird. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten. Zur gleichen Sache erhält der/die RednerIn höchstens dreimal das Wort.
6. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem einE RednerIn für und einE RednerIn gegen den Antrag gesprochen hat.
7. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von GenossInnen gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.
8. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss einer Debatte oder nach Abstimmungen möglich.
9. Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
10. Anträge zu Punkten der beschlossenen Tagesordnung (Initiativanträge) können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium schriftlich vorgelegt werden. Initiativanträge bedürfen dabei der Unterschrift von mindestens zehn Delegierten aus drei Arbeitsgemeinschaften.
11. Personalvorschläge für die Wahlen und Nominierungen können bis zu einer halben Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gemacht werden. Sie werden behandelt, wenn sie dem Präsidium schriftlich eingereicht werden.
12. Die Wahlen erfolgen — soweit diese Geschäftsordnung oder die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen nicht anders vorsehen — nach der Wahlordnung der SPD.

Personalvorschläge zum Unterbezirksvorstand

Vorschläge für den Vorsitz

Adis Ahmetovic, nominiert von der Juso-AG AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp, Juso-AG Isernhagen, Juso-AG Laatzen, Juso-AG Linden-Limmer, Juso-AG Mitte-Oststadt-Zoo , Juso-AG Nordstadt, Juso-AG Vahrenwald-List, Juso-AG Wedemark.

Katharina Andres, nominiert von der Juso-AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp, Juso-AG Isernhagen, Juso-AG Laatzen, Juso-AG Linden-Limmer, Juso-AG Mitte-Oststadt-Zoo , Juso-AG Nordstadt, Juso-AG Vahrenwald-List, Juso-AG Wedemark.

Vorschläge für die stellvertretenden Vorsitzenden

Carl Espeter, nominiert von der Juso-AG Wunstorf.

Nele Groth, nominiert von der Juso-AG Vahrenwald-List

Kimberly Haarstik, nominiert von der Juso-AG Mitte-Oststadt-Zoo.

Sabrina Lukac, nominiert von der Juso-AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp.

Philipp Neessen, nominiert von der Juso-AG Isernhagen.

Alexander Reupke, nominiert von der Juso-AG Vahrenwald-List.

Ali Reza Sakhizada, nominiert von der Juso-AG Laatzen.

Jonas Smietana, nominiert von der Juso-AG Lehrte.

Laura Syska, nominiert von der Juso-AG Nordstadt.

Rami Younes, nominiert von der Juso-AG Isernhagen und den Jusos Langenhagen.

Maren Zangerle, nominiert von der Juso-AG Linden-Limmer.

Personalvorschläge für den Bezirksvorstand

Vorschläge zur Nominierung für den Bezirksvorstand:

Lisa van der Zanden, vorgeschlagen von den Jusos Nordstadt.

Matthias Voß, vorgeschlagen von den Jusos Linden-Limmer.

Ramiya Younes, vorgeschlagen von den Jusos Langenhagen.

Personalvorschläge zur Wahl zur Delegation der Bezirkskonferenz

Name	Vorname	AG
Wollenzien	Lukas	(Anderten)
Härdrich	Laura	Barsinghausen
Carls	Emilia	Barsinghausen
Hüttenrauch	Christoph	Barsinghausen
Ahmetovic	Adis	BVS
Lukac	Sabrina	BVS
Gamoori	Afra	BVS
Meyer	Stephan	BVS
Brauer	Niko	BVS
Nessen	Philipp	Isernhagen
Heinze	Moritz	Isernhagen
Mccallin	Katharina	Laatzen
Sakhizade	Ali Reza	Laatzen
Pigorsch	Joshua	Laatzen
Smietana	Jonas	Lehrte
Lokotsch	Christoph	Lehrte
Zangerle	Maren	Linden-Limmer
Voß	Matthias	Linden-Limmer
Gerking	Tobias	Linden-Limmer
Ilseman	Norman	Linden-Limmer
Andres	Katharina	Linden-Limmer
Mühleis	Niklas	Linden-Limmer
Heidrich	Eyleen	Linden-Limmer
Abend	Sven	Nordstadt
Ernst	Theresa	Nordstadt
Van der Zanden	Lisa	Nordstadt
Kühler	Jannik	Nordstadt
Keilholz	Jan-Erik	Nordstadt
Kelich	Lars	NordWest
Hoja	Heiderose	Nordwest
Lehmann	Tobias	Sehnde
Hartung	Robin-René	Sehnde
Hammerschmidt	Andreas	Südost
Quast	Michael	Südost
Barke	Daniela	Südost
Neumann	Fabian	Südost
Reinert	David	Südost
Rüter	Moritz	Südost
Rühmeier	Sven	Südost
Sehn	Maximiliane	Südost
Pettau	Yanneck	Südost
Merkel	Lukas	Südost
Gras	Jan	Südstadt-Bult
Strassburger	Frank	Südstadt-Bult
Lipfert	Marc	Südstadt-Bult
Bock	Matthias	Vahrenwald-List

Garrelts	Virginia	Vahrenwald-List
Groth	Nele	Vahrenwald-List
Gül	Can	Vahrenwald-List
Gramms	Carsten	Vahrenwald-List
Reupke	Alexander	Vahrenwald-List
Hinze	Tobias	Vahrenwald-List
Le Butt	Philip	Vahrenwald-List
Pieper	Andreas	Vahrenwald-List
Knipping	Keven	Vahrenwald-List
Lüers	Jan-Carl	Vahrenwald-List
Hammer	Marina	Wedemark
Engel	Christine	Wedemark
Zimmermann	Emma	Wedemark
Lindemann	Philipp	Wedemark
Lory	Simon	Wedemark
Girod	Alexandra	Wunstorf
Atris	Majid	Wunstorf
Espeter	Carl	Wunstorf
Ehlerding	Martin	Wunstorf
Saars	Lennert	Wunstorf
Bonnet	Björn	Wunstorf

Personalvorschläge zur Wahl zur Delegation der Landeskongress

Name	Vorname	AG
Wollenzien	Lukas	(Anderten)
Härdrich	Laura	Barsinghausen
Carls	Emilia	Barsinghausen
Hüttenrauch	Christoph	Barsinghausen
Lukac	Sabrina	BVS
Gamoori	Afra	BVS
Meyer	Stephan	BVS
Brauer	Niko	BVS
Ahmetovic	Adis	BVS
Mccallin	Katharina	Laatzen
Sakhizade	Ali Reza	Laatzen
Pigorsch	Joshua	Laatzen
Smietana	Jonas	Lehrte
Lokotsch	Christoph	Lehrte
Polat-Aktepe	Sevil	Lehrte
Voß	Matthias	Linden-Limmer
Gerking	Tobias	Linden-Limmer
Ilseman	Norman	Linden-Limmer
Andres	Katharina	Linden-Limmer
Mühleis	Niklas	Linden-Limmer

Heidrich	Eyleen	Linden-Limmer
Zangerle	Maren	Linden-Limmer
Felix	Von der Lieth	Linden-Limmer
Abend	Sven	Nordstadt
Ernst	Theresa	Nordstadt
Syska	Laura	Nordstadt
Kelich	Lars	NordWest
Hoja	Heiderose	Nordwest
Lehmann	Tobias	Sehnde
Hartung	Robin-René	Sehnde
Hammerschmidt	Andreas	Südost
Quast	Michael	Südost
Barke	Daniela	Südost
Neumann	Fabian	Südost
Reinert	David	Südost
Rüter	Moritz	Südost
Rühmeier	Sven	Südost
Sehn	Maximiliane	Südost
Pettau	Yanneck	Südost
Merkel	Lukas	Südost
Rother	Sascha	Südstadt-Bult
Petersson	Lasse Per	Südstadt-Bult
Gras	Jan	Südstadt-Bult
Strassburger	Frank	Südstadt-Bult
Lipfert	Marc	Südstadt-Bult
Oziemblowski	Gloria	Südstadt-Bult
Gertz	Michael	Südstadt-Bult
Bock	Matthias	Vahrenwald-List
Garrelts	Virginia	Vahrenwald-List
Groth	Nele	Vahrenwald-List
Gül	Can	Vahrenwald-List
Gramms	Carsten	Vahrenwald-List
Reupke	Alexander	Vahrenwald-List
Hinze	Tobias	Vahrenwald-List
Le Butt	Philip	Vahrenwald-List
Pieper	Andreas	Vahrenwald-List
Knipping	Keven	Vahrenwald-List
Lüers	Jan-Carl	Vahrenwald-List
Hammer	Marina	Wedemark
Engel	Christine	Wedemark
Zimmermann	Emma	Wedemark
Lindemann	Philipp	Wedemark
Lory	Simon	Wedemark
Girod	Alexandra	Wunstorf
Atris	Majid	Wunstorf
Espeter	Carl	Wunstorf
Ehlerding	Martin	Wunstorf
Saars	Lennert	Wunstorf
Bonnet	Björn	Wunstorf

Personalvorschläge zur Nominierung zum Bundeskongress

Name	Vorname	AG
Wollenzien	Lukas	(Anderten)
Härdrich	Laura	Barsinghausen
Carls	Emilia	Barsinghausen
Hüttenrauch	Christoph	Barsinghausen
Ahmetovic	Adis	BVS
Mccallin	Katharina	Laatzen
Sakhizade	Ali Reza	Laatzen
Pigorsch	Joshua	Laatzen
Lokotsch	Christoph	Lehrte
Polat-Aktepe	Sevil	Lehrte
Voß	Matthias	Linden-Limmer
Ilseman	Norman	Linden-Limmer
Andres	Katharina	Linden-Limmer
Mühleis	Niklas	Linden-Limmer
Zangerle	Maren	Linden-Limmer
Van der Zanden	Lisa	Nordstadt
Syska	Laura	Nordstadt
Lehmann	Tobias	Sehnde
Hartung	Robin-René	Sehnde
Hammerschmidt	Andreas	Südost
Quast	Michael	Südost
Barke	Daniela	Südost
Neumann	Fabian	Südost
Reinert	David	Südost
Rüter	Moritz	Südost
Rühmeier	Sven	Südost
Sehn	Maximiliane	Südost
Pettau	Yanneck	Südost
Merkel	Lukas	Südost
Gras	Jan	Südost-Bult
Lipfert	Marc	Südost-Bult
Hammer	Marina	Wedemark
Engel	Christine	Wedemark
Zimmermann	Emma	Wedemark
Lindemann	Philipp	Wedemark
Lory	Simon	Wedemark
Girod	Alexandra	Wunstorf
Atris	Majid	Wunstorf
Espeter	Carl	Wunstorf
Ehlerding	Martin	Wunstorf
Saars	Lennert	Wunstorf
Bonnet	Björn	Wunstorf

Rechenschaftsbericht des Unterbezirksvorstandes

Mitgliederbetreuung, -aktivierung, Politische Bildung

Im letzten Jahr hat der Unterbezirksvorstand einen Schwerpunkt in seiner Aufgabe gesetzt, die Jusos im Unterbezirk zu vernetzen und Angebote dafür zu schaffen. Im Rahmen des Roten Montags fand der alljährliche ArbeiterInnenliederabend im Vorfeld des 1. Mai statt und wir haben zu einem Vortrag über das Jugendworkcamp in Bergen-Belsen eingeladen. Auch Rote Freitage fanden wieder statt, unter anderem zum Thema Tschernobyl und wir haben einen Kulturabend mit einer Filmvorführung veranstaltet. Zudem haben wir im letzten Jahr ein Juso-Sommerfest veranstaltet mit gemeinsamem Grillen und anschließendem Public-Viewing des TV-Duells gemeinsam mit dem SPD-UBV. Auch einige Medien haben wir zur besseren Vernetzung in diesem Jahr benutzt, vor allem um im Wahlkampf den Überblick zu behalten. So wurde ein Google-Kalender eingerichtet, der für alle Interessierten zugänglich war und es wurde eine Like-Seite auf Facebook eingerichtet. Schließlich war es uns ein wichtiges Anliegen, Juso-Strukturen in den Ortsvereinen zu etablieren bzw. zu unterstützen, die noch keine Juso-AGen hatten. Deshalb sind wir besonders stolz in diesem Jahr die neugegründete Juso-AG Sehnde auf der UBK begrüßen zu dürfen. Um ihnen den Einstieg in die Juso-Arbeit zu erleichtern, haben wir ein Grundlagenseminar veranstaltet. Auch die Neugründung in den Ortsvereinen Misburg, Anderten und Groß-Buchholz wurden vorangetrieben und werden im nächsten Jahr weiterhin unterstützt.

Aktionen

Im letzten Jahr war der Juso Unterbezirk sehr aktiv an Aktionen beteiligt und hat eigene initiiert. Natürlich haben wir schwerpunktmäßig Wahlkampfveranstaltungen durchgeführt, doch haben wir uns auch an Aktionen außerhalb des Wahlkampfes beteiligt. Neben einigen Ständen, die wir betreut haben, unter anderem auf dem Schorsenfest, dem Umfairteilen-Aktionstag, dem 1. Mai oder bei der Protestaktion gegen eine Kundgebung von Pro Deutschland auf dem Faust Gelände, haben wir auch an zahlreichen Demos teilgenommen. Am 1. Mai waren die Jusos wieder mit zahlreichen FahnenträgerInnen sichtbarer Teil des Demozuges. Aber auch bei der großen Gewerkschaftsdemo am 7. September oder dem CSD waren wir stark vertreten.

Bündnisarbeit

Im letzten Jahr haben wir in vielen bereits bestehenden Bündnissen mitgearbeitet. So zum Beispiel im Jugendbündnis Hannover. Regelmäßig haben wir in diesem Rahmen an Sitzungen teilgenommen und den 1. Mai und die Aktionen innerhalb dieses Bündnisses mitgestaltet. Auch im Umfairteilen-Bündnis haben wir am Aktionstag einen Stand betreut und an der Demo teilgenommen. Darüber hinaus haben wir uns natürlich in einigen antifaschistischen Bündnissen engagiert (siehe AK Antifa) und an Demos und Kundgebungen teilgenommen. Auch neue Bündnisse wurden eingegangen, sodass wir unsere Aufgabe wahrnahmen, ein Scharnier zwischen Partei und Gesellschaft zu sein. So unterstützen wir seit letztem Jahr die Initiative „Gegen rechten Lifestyle in Hannover“, die Aktion Schieber-Kaffe, den LandesschülerInnenrat Niedersachsen/StadtschülerInnenrat Hannover und die „Association Belle Vie“.

Unsere Arbeit mit der SPD

2013 fand wieder ein Parteitag der SPD Region Hannover statt. Gleichzeitig war die Regionspolitik von mehreren kontroversen inhaltlichen Themen geprägt und durch die Wahlkämpfe ausgelastet.

Unterbezirksparteitag

Auf dem SPD Unterbezirksparteitag im Mai 2013 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Es wurden sämtliche von den Jusos unterstützen KandidatInnen in den Vorstand gewählt. Im Bereich der Anträge haben wir alle Anträge durchgefochten, auch in der Antragskommission wurden die geforderten Punkte nicht wesentlich verändert.

Unterbezirksvorstand

Kooptiert im Unterbezirksvorstand der SPD war von März bis Mai 2013 Maren Zangerle und ab Mai 2013 Ramiya Younes. Es gab einige kontroverse Themen in dieser Zeit, wie die Neuordnung der Müllgebühren, die kritische finanzielle Ausstattung des Klinikums Region Hannover und der Neuordnung der BBSen in Hannover - diese Themen haben wir kritisch begleitet.

Sonstiges

Wir haben die SPD im Rahmen des Vorwahlkampfes bei mehreren Veranstaltungen unterstützt. Im Spätherbst 2013 wurde Hauke Jagau erneut von der SPD Region Hannover als Regionspräsident nominiert.

Unsere Rolle im Verband

2013 waren zwei wichtige Wahlkonferenz für den Bezirk Hannover und den Landesverband Niedersachsen. Die Zusammenarbeit in den offenen Tickets hat insgesamt sehr gut geklappt.

Bezirk

Im April 2013 wurde auf der Bezirkskonferenz Daniel Brunkhorst zum Vorsitzenden gewählt, Matthias Voß und Lisa van der Zanden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig haben wir sämtliche Anträge der Region Hannover, unter teilweise erheblichen Widerstand, durchgebracht.

Landesverband

Im Vorfeld der Landeskonzferenz 2013 trat der gesamte Landesvorstand geschlossen zurück. Bei der in Hannover stattfindenden Landeskonzferenz wurde Benjamin Köster erneut als Landesvorsitzender gewählt, Katharina Andres, Matthias Bock und Stephan Reinisch wurden neu in den Landesvorstand gewählt. Auch bei der Landeskonzferenz waren wir mit unseren Anträgen überaus erfolgreich.

Wahlen 2013:

Die SPD hat bei den Bundestagswahlen in Hannover im Vergleich zur restlichen Republik recht gute Ergebnisse erzielen können. Insbesondere bei den JungwählerInnen konnten wir das Ergebnis von 2009 teilweise zweistellig verbessern. Dies zeigt den Erfolg eines intensiven Jugendwahlkampfes. Drei unserer vier KandidatInnen haben den direkten Einzug geschafft und auch wenn wir Carens Wahlkreis leider knapp nicht holen können so vertritt sie uns nun zum Glück trotzdem auf Bundesebene und ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium geworden. Stefan Schostok hat

1 nach einem engagiertem Wahlkampf nur knapp den ersten Wahlgang verfehlt und bei der Stichwahl
2 klar zu Hannovers neuem Oberbürgermeister (OB) gewählt. Aber auch die Wahl zur/m
3 BürgermeisterInnenwahl in Ronnenberg mit dem Kandidat Thorsten Kölle haben wir unterstützt.
4 Fazit: Die Region Hannover ist und bleibt rot. Wir haben mit viel Engagement für unser Programm
5 und unsere KandidatInnen gekämpft und geworben. Mit unserer Facebook Seite aber auch personell
6 haben wir aktiv den bundesweiten Online Wahlkampf unterstützt und auch Stefan fleißig beworben.
7 Im Vorfeld des Wahlkampfes haben wir zur gemeinsamen Vorbereitung an der vom Bundesvorstand
8 vorbereiteten Wahlwerkstatt teilgenommen und uns auf die kommenden Wochen und Monate
9 eingestimmt. Als Vorbereitung auf die OB-Wahlen in Hannover Stadt wurde seitens des
10 Stadtverbands ein großer Zukunftskongress veranstaltet. Wir haben uns an diesem mit einem
11 eigenen Konzept und einem eigenem Forum beteiligt und mit vielen jungen Leuten darüber
12 diskutiert wie die Stadt Hannover 2030 aussehen sollte. In der Region gründeten sich vier Juso/Junge
13 Teams und zur besseren Koordinierung wurde aus jedem Team sprich für jede/n KandidatIn ein
14 weiteres Mitglied im Vorstand kooptiert. Der Unterbezirksvorstand hat die Leitung des Juso Teams
15 für Stefan übernommen. Dies war besonders gut für die gemeinsame Zusammenarbeit und hat viele
16 Synergieeffekte mit sich gebracht. Wie in den vergangenen Jahren beteiligten sich die Jusos Region
17 Hannover an allen Touren der Skate-by-Night. Mit eigenen FahrerInnen sowie dem „Roten Rad“ aus
18 der Nordstadt verteilten wir vor und während der Skatingtouren Wassereis und Flyer zu
19 verschiedenen jugendpolitischen Themen sowie KandidatInnenflyer. Die Bustour des Juso Bezirks
20 Hannover haben wir oft genutzt und unterstützt so waren wir u.a. gemeinsam in Lehrte beim
21 Stadtlauf, in Laatzen beim Infostand, in der Südstadt beim Wochenmarkt, in Wunstorf auf dem
22 Stadtfest und auch bei der Zentralen Kundgebung der CDU in der Innenstadt Hannovers haben wir
23 Merkel mit einer Störaktion nicht einfach so das Feld überlassen.
24 Mit einem ausführlichen Konzept bewarben sich die Jusos Region Hannover außerdem erfolgreich für
25 den Besuch des Juso-Busses der Bundesebene. Im Sommer tourte der bunt besprayed Bus durch die
26 Bundesrepublik und machte unter dem Motto „Zeit für dich. Zeit für Gerechtigkeit“
27 Bundestagswahlkampf für junge Menschen. Am 8. August machte der Bus mit vielen
28 Wahlkampfaktionen an Bord Station in Hannover. Zentral am Ernst-August-Platz platziert, wurde er
29 zur Anlaufstelle für viele Menschen aus der Region und Stadt Hannover an.
30 Vor allem die Aktion „Nazis kegeln“, bei der auf stilisierte Nazizwerge gekegelt werden konnte,
31 wurde zum ‚Publikumsmagneten‘ für viele Menschen. Mit den kreativen Give-Aways (Kondome,
32 Brausepulver, Frisbeescheiben), die vom Bundesvorstand mitgebracht wurden, konnten
33 insbesondere junge Menschen angesprochen werden. In den Abendstunden machte der Bus halt in
34 der Nähe des Maschseefestes.
35 Beim aus der ganzen Region besuchten Fährmannsfest in Linden haben wir einen Stand gehabt und
36 u.a. Slusheis und Heliumballons verteilt.
37 Um die junge Wählerschaft besonders gut zu erreichen, haben wir an den Wochenenden und vor
38 Feiertagen Nachtverteilungen gemacht und mit Knicklichtern, Kondomen, Brausepulver und Flyern
39 auf die anstehenden Wahlen aufmerksam gemacht.
40 Gezielte Aktionen für den OB-Wahlkampf in Hannover Stadt waren z.B. die Unterstützung des
41 Tippspiels, Beteiligung an dem großen Plakatentspurt, Nachtverteilungen mit Stefan, mehrere Aktion
42 mit übergossenen Zeitungen in Hannovers Innenstadt, eine ausgefallene Aktion zur Briefwahl und
43 einige letzte Aktionen während der Stichwahl.
44 Bei einer großen Verteilaktion vor einer Schule in Ronnenberg haben wir die örtliche Juso AG bei
45 ihrem BürgermeisterInnenwahlkampf unterstützt.

1 Am Samstag vor der Wahl haben wir das Juso Team von Edelgard bei ihrer Aktion zu bezahlbarem
2 Wohnraum in Hannovers Innenstadt unterstützt und bei dieser Gelegenheit Unmengen an Material
3 aller KandidatInnen verteilt. In zwei Stunden haben wir über 1000 Kugelschreiber mit Infomaterial
4 verteilt. Später am Abend folgte unsere zentrale „alles-muss-raus“-Verteilaktion bei der wie in
5 vergangenen Wahlkämpfen nochmal das gesammelte Restmaterial der verschiedenen Ebenen
6 verteilt wurde um eine möglichst große Schlussmobilisierung zu erzielen.

9 **150 Jahre SPD – Geschichte verbindet**

10 Im vergangenen Jahr feierte die SPD ein besonderes Jubiläum: Die Partei wurde 150 Jahre alt. Ein
11 guter Grund für die Jusos Region Hannover, sich mit der Geschichte ihrer ‚Mutterpartei‘ sowie der
12 Historie der JungsozialistInnen zu beschäftigen.

13 Plakatkleber oder Entscheidungsträger? – Zur Geschichte der Jusos Region Hannover

14 Am 13. Juni 2013 luden wir Wolfgang Jüttner, in den 1970er Jahren Mitglied des Juso-
15 Bundesvorstandes und späterer Spitzenkandidat der Niedersächsischen SPD bei Landtagswahlen, ins
16 Freizeitheim Vahrenwald ein. Mit ihm diskutierten etwa 20 JungsozialistInnen über die wechselvolle
17 Geschichte der Jusos Region Hannover und deren Verhältnis zur SPD.

18 Berlinfahrt – Geschichte feiern

19 Der Vorstand der Jusos Region Hannover organisierte eine gemeinsame Fahrt zu den Feierlichkeiten
20 zum Parteijubiläum in Berlin. Höhepunkt war dabei die Teilnahme an der zentralen Kundgebung am
21 Brandenburger Tor.

23 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

24 In 2013 haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der sozialen Medien deutlich intensiviert.
25 Wir haben regelmäßig unseren Twitteraccount genutzt um auf Veranstaltungen hinzuweisen und
26 unsere politischen Positionen auszudrücken und konnten dadurch eine große Anzahl an neuen
27 Followern gewinnen.

28 Mit der neuen Facebook-Like-Seite haben wir auch eine effektivere Darstellung unseres öffentlichen
29 Auftritts gewonnen. Mit einer ständigen Präsenz haben wir es geschafft, unsere "Likes" deutlich zu
30 erhöhen und gerade im Wahlkampf eine große Anzahl von Personen zu erreichen.

31 Gleichzeitig haben wir die Homepage weiter gepflegt. Wir haben zur Bundestags- und
32 OberbürgerInnenmeisterInnenwahl unsere Positionen darüber verdeutlicht. Mit Stellungnahmen,
33 Terminankündigungen und politischen Artikeln konnten wir auch Menschen außerhalb des direkten
34 Einflussbereiches der Sozialdemokratie erreichen.

35 In 2013 haben wir auch erneut eine Reihe von Pressemitteilungen herausgegeben. Wir haben dabei
36 insbesondere zu den brisanten regionalen Themen wie dem Klinikum Region Hannover oder der
37 Abfallpolitik Stellung genommen.

39 **AK Antifa**

40 Der AK Antifa hat sich im letzten Jahr hauptsächlich mit dem Naziaufmarsch in Bad Nenndorf und
41 dem Thor Steinar-Laden in der List beschäftigt. Es wurde eine Vorbereitungssitzung zum Thema
42 Naziaufmarsch in Bad Nenndorf und den Protestaktionen abgehalten gemeinsam mit Arne Zillmer
43 aus dem Juso-Landesvorstand und einer Vertreterin der Initiative „Kein Naziaufmarsch in Bad
44 Nenndorf“. Dort wurde über Hintergründe und Allgemeines zu Anti-Nazi-Demos informiert und
45 diskutiert. Am 3. August sind wir dann gemeinsam mit zahlreichen AntifaschistInnen nach Bad
46 Nenndorf gefahren und haben den Naziaufmarsch erfolgreich blockiert. Des Weiteren haben wir

1 Jusos an einigen anderen Anti-Nazi-Kundgebungen teilgenommen, so zum Beispiel am 11. September
2 in Langenhagen oder am 15. August am ZOB in Hannover. Seit September hat sich der Unterbezirk
3 mit dem Thor Steinar-Laden in der List auseinandergesetzt, der dort neu eröffnet wurde. Wir haben
4 gemeinsam mit anderen BündnispartnerInnen, AnwohnerInnen und Interessierten die Initiative
5 „Gegen rechten Lifestyle in Hannover“ mitgegründet und unterstützt. Vor allem an den
6 wöchentlichen Infoständen vor dem Laden und den regelmäßigen Protestaktionen wie Demos oder
7 kreativen Aktionen haben wir uns als Jusos beteiligt und werden dies im nächsten Jahr weiterführen.
8 Auch haben wir mitgeholfen, für die Initiative Infrastruktur zu schaffen, wie zum Beispiel
9 Standmaterial.

11 **Netzwerkstelle Feminismus**

12 Die Netzwerkstelle Feminismus hat sich im letzten Jahr mit dem Thema Frauen in der Arbeitswelt
13 beschäftigt. Dazu wurde ein Frauenabend veranstaltet auf dem darüber diskutiert wurde, wie die
14 Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist und vor allem wo die Gründe für die derzeitigen
15 Geschlechterverhältnisse wurzeln. Unser Gast war Naciye Celebi-Bektas von der IG BCE. Sie erzählte
16 uns von ihrer Arbeit als Gewerkschaftssekretärin und ihren Erfahrungen als Frau in der Arbeitswelt.
17 Darüber hinaus beteiligten wir uns an Aktionen wie der Demo am Weltfrauentag und One Billion
18 Rising. Schließlich haben wir gemeinsam die Angebote höherer Ebenen besucht wie das Feminismus-
19 Seminar des Juso-Bezirks.

21 **AK Bildung**

22 Nachdem es in den letzten Jahren keinen aktiven Arbeitskreis Bildung gab, konnten wir in der
23 vergangenen Legislaturperiode die Arbeit des AKs wiederbeleben. Zurzeit besteht der Arbeitskreis
24 aus ca. acht bis zehn aktiven TeilnehmerInnen, die stetig an Sitzungen teilnehmen.

25 Inhaltlich befasste sich der AK in seinen ersten Sitzungen insbesondere mit den schulpolitischen
26 Reformen der Landesregierung und dem Investitionspaket „Zukunftsoffensive Bildung“. Zu diesem
27 Thema luden wir Thilo Scholz, Bildungsreferent der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, ein,
28 der uns über die Inhalte und Gründe für die Reform informierte. Des Weiteren beteiligten wir uns an
29 einer Demonstration gegen die Proteste der GymnasiallehrerInnen. Diese hatten angekündigt,
30 aufgrund des Beschlusses der Landesregierung, die Unterrichtsverpflichtung um eine
31 Unterrichtsstunde zu erhöhen, Klassenfahrten in Zukunft zu boykottieren.

32 Mit der Wiederbelebung des AK Bildung konnte ein guter Grundstein für die kommende politische
33 Arbeit gelegt werden.

35 **AK Internationales**

36 Der Arbeitskreis Internationales der Jusos Region Hannover hat sich im vergangenen Jahr, wie auch
37 zuvor, vieles vorgenommen. Wir verfolgen das Ziel, den Internationalismus in unserem Verband mit
38 Leben zu füllen. Um diesem ewigen Anspruch treu zu bleiben, wurde einiges geleistet und diverses
39 getan.

40 Die kontinuierliche Arbeit wurde besonders, durch die starke Beteiligung von GenossInnen bei den
41 zahlreichen Arbeitskreistreffen gestärkt. Erfreulich hierbei ist zu vermerken, dass eine steigende
42 Beteiligung deutlich merkbar ist. Neben vielen konstruktiven inhaltlichen Debatten konnte ebenso
43 eine Resolution zur Syrienkrise erarbeitet werden. Wir haben auch diesmal sehr kontrovers über
44 den Bürgerkrieg gestritten. Alle GenossInnen teilten am Ende jeder Diskussion die gleiche Meinung –
45 der Bürgerkrieg, das Morden und das Leid muss schnellstmöglich durch internationales Eingreifen
46 beendet werden.

1 Darüber hinaus konnten wir uns im AK besonders stark mit den Themen Flüchtlinge,
2 Menschenhandel und internationaler Sozialismus auseinandersetzen. Zu jedem Thema haben wir
3 mindestens eine Veranstaltung organisiert, um mit den GenossInnen und speziell eingeladenen
4 Gästen darüber zu diskutieren.

5 So fand im Sommer 2013 die Veranstaltung „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ zusammen
6 mit der Juso-AG Garbsen, Caren Marks (MdB) und einer Expertin von der Beratungsstelle für
7 Prostituierte *Phönix e.V.* statt. Aus den Diskussionen kristallisierte sich heraus, dass im Bereich der
8 illegalen Prostitution noch einiges getan werden muss. Ein großer Teil der Frauen, die in diese Szene
9 reinrutschen, werden zur Prostitution von hochkriminellen Menschen genötigt und gezwungen. Es
10 müssen Mittel gefunden werden, um diesen Frauen zu helfen.

11 Im Februar 2014 organisierten wir in Kooperation mit dem SPD-OV Linden-Limmer die
12 Diskussionsveranstaltung „Flüchtlinge Willkommen heißen – Ängste aktiv abbauen“ im Freizeitheim
13 Linden. Das Podium war hochkarätig besetzt: Aus der Politik war Doris Schröder-Köpf (MdL und
14 Beauftragte für Migration und Teilhabe), aus der gesellschaftlichen Verbandsarbeit Sybille Naß
15 (Vorsitzende von *Kargah e.V.*) und aus der Wissenschaft Prof. Dr. Rolf Pohl (Professor für
16 Sozialpsychologie und Politische Psychologie und Experte für Rechtsextremismus an der LUH). Das
17 vielfältige Podium gab den anwesenden Menschen und unserem AK unterschiedliche Einblicke in die
18 Thematik und verbundene Problematik rund um die Flüchtlingspolitik. Insgesamt haben wir uns
19 wirklich sehr über die positive Resonanz gefreut und die ca. 100 Gäste. Das bestätigte unsere
20 Vermutung, dass den Menschen diese Thema sehr wichtig ist und dass es stets von allen Seiten
21 thematisiert werden muss. Der AK bleibt dran.

23 Es gab auch in diesem Jahr unsere traditionellen Ländervorträge von GenossInnen, die durch ihren
24 Migrationshintergrund, ihre Auslandsaufenthalte o.ä. einen besonderen Bezug zu einem bestimmten
25 Land besitzen. Im Rahmen solcher Vorträge erfuhren wir die wichtigsten Dinge über Politik,
26 Sozialdemokratie, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur des Landes. Generell ist festzuhalten, dass alle
27 vortragenden ReferentInnen sich immer große Mühe gegeben haben, den interessierten
28 ZuhörerInnen das thematisierte Land mitsamt seinen Facetten näher zu bringen. In dieser UBV-
29 Periode gab es z.B. Vorträge zu Kanada und Australien. Den Abschluss haben wir mit der „India-
30 Night“ gemacht.

31 Diese ganzen Ländervorträge dienen nicht nur zur geographischen und politischen Bildung, sondern
32 sollen in jedem von uns das Interesse für das Land anderer Menschen wecken. Wir möchten über
33 unsere Grenzen schauen, um somit dem Anspruch einer internationalen Gesellschaft gerecht zu
34 werden.

36 Des Weiteren haben wir in der ‚Projektgruppe Interkultureller Dialog‘ viele kulturelle und religiöse
37 Vereine in der Region Hannover besucht, z.B. den thailändisch-buddhistischen Tempel in Ahlem *Wat*
38 *Dhammavihara*, um auch in diesem Zweig ein Netzwerk aufzubauen und potenzielle Bündnispartner
39 zu gewinnen. Durch die Besuche wurde uns allen noch deutlicher, wie groß die kulturelle
40 Vielfalt in unsere Region ist und wie engagiert Menschen in diesem Bereich tätig sind.

42 **AK Soziales, Arbeit und Wirtschaft**

43 Der Arbeitskreis Soziales, Arbeit und Wirtschaft (SAW) hat in der Amtsperiode dieses Vorstandes
44 insbesondere sich mit inhaltlichen Fragen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes beschäftigt.

45 SchülerInnenticket

Auf Weiterverweisung der Vollversammlung haben wir uns im November mit der Frage eines SchülerInnentickets im GVH beschäftigt. In einer ausführlichen Diskussion sind wir zu dem Schluss gekommen, die Frage der Ausweitung des Sozialtickets höher zu priorisieren. Leider konnte vor dem Ende der Amtszeit des Vorstandes keine weiterführende Debatte geführt werden.

Steuern

Im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir über verschiedene Steuerkonzepte innerhalb der Sozialdemokratie geredet und die Konzepte der Jusos, des SPD Wahlprogrammes und der Friedrich-Ebert-Stiftung miteinander verglichen.

Jugendarbeitslosigkeit

Die SPD-Regionsfraktion Hannover hat auch 2013 mehrere Veranstaltungen zur Frage der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Region Hannover veranstaltet. Wir haben diese besucht und in Arbeitskreissitzungen vor- und nachbearbeitet und so dieses wichtige Thema kritisch begleitet.

Wahlprogramm Parteitag

Im Vorfeld des Bundesparteitages in Augsburg auf welchem das Bundestagswahlprogramm beschlossen wurde haben wir uns den Entwurf angeschaut und diskutiert.

Leider wurde im Zug der Wahlkämpfe und zwei Rücktritten aus dem Vorstand nicht alle Ziele erreicht, die wir uns im Arbeitsprogramm gesetzt haben.

AK Umwelt und VerbraucherInnenschutz + Netzpolitik

Der Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz + Netzpolitik hat in diesem Jahr sehr viele Anträge und Resolutionen verfasst, die an höhere Juso- und SPD-Gliederungen weitergeleitet wurden. Ein Antrag befasste sich mit dem Thema "Fahrradwege in der Innenstadt Hannovers". Dieses Thema wurde von der SPD-Ratsfraktion aufgenommen und weiterbehandelt.

Weiterhin haben wir uns mit dem Thema "Lebensmittelproduktion für den Eigenbedarf und dessen Handel befasst. Hier drohte die EU mit einem Beschluss, Produktion und Handel einzuschränken. Daher verfassten wir die Resolution "Man erntet immer das, was man sät!" Das Thema hatte sich glücklicherweise durch den entstandenen öffentlichen Druck von selbst erledigt.

Einen weiteren Antrag verfassten wir zum Thema Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA und riefen zu Gegenkampagnen des Umweltinstituts München und von campact auf. Als im April der Anschlag auf den Boston Marathon passierte, wurden von konservativer Seite Stimmen laut, die Vorratsdatenspeicherung zu verschärfen. Zu dem Thema verfassten wir eine Resolution, die auf der Vollversammlung einstimmig beschlossen wurde.

Zur Unterbezirkskonferenz schrieben wir Anträge zum Thema Lichtreduktion und zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag.

Wir haben uns in diesem Jahr viel mit der SPD-Ratsfraktion vernetzt, gerade im Bezug auf das Thema "Lichtemissionen", das im Rat intensiv besprochen wurde und wozu wir uns im Vorfeld bereits positioniert hatten. Bis in Hannover deutlich die Lichtemissionen reduziert werden, wird es wohl noch etwas dauern, doch wir sehen positiv in die Zukunft.

Auch in 2013 haben wir einen Aufruf für Putzmunter gemacht und haben die Sammelgruppen vorgestellt. In 2014 sind wir auch wieder mit den Planungen beschäftigt und wollen demnächst an einer öffentlichkeitswirksamen "Maskottchen-Aktion" teilnehmen, die auch im Fahrgastfernsehen der Üstra gezeigt werden soll.

Im Mai haben wir wieder das Solarfest vorbereitet. Dies ist jedoch aufgrund des Unwetters an diesem Tag ausgefallen. Für diesen Tag haben wir die Broschüre "Aufräumen mit Vorurteilen: Regenerative Energien und Strompreise" angefertigt, sowie den Solarflyer mit Umweltquiz. Das

1 Umweltquiz haben wir dann auf dem Schorsenfest durchgeführt und die Broschüren konnten wir
2 dort auch verteilen. Sie kamen äußerst gut bei den Passanten an.
3 Im Juli haben wir einen Roter Freitag mit der Dokumentation "Tschernobyl" organisiert und
4 diskutierten über das Thema "Atomausstieg". Wir haben uns außerdem an der Menschenkette gegen
5 Atomkraft am Kröpcke beteiligt.
6 Zu den Naturfreunden haben wir auch in diesem Jahr den Kontakt gehalten, haben wieder an deren
7 Wanderungen teilgenommen und haben deren Antrag zum EURATOM-Ausstieg aufgegriffen.
8 Inhaltliche Diskussionen haben wir im Arbeitskreis außerdem zum Thema PRISM, CETA, Grüne
9 Gentechnik und das Tierschutzlabel "Für Mehr Tierschutz" des Deutschen Tierschutzbundes geführt.
10 Wir haben mit dem Arbeitskreis Ende März die Ausstellung "Ökobilanz" im Historischen Museum
11 besucht, darüber diskutiert und besprochen, welche Themen wir in Zukunft aufgreifen wollen.
12 Und zu guter Letzt haben wir uns in diesem Jahr sehr viel mit dem Thema Tierschutz befasst. Einen
13 inhaltlichen Vortrag im AK gab es von Diana mit dem Titel "Jeden Tag Fleischmarmelade?", bei dem
14 es um vor allem um die Haltungsbedingungen von Tieren ging.

Arbeitsprogramm 2014 – Völker hört die Signale!

Die Jusos Region Hannover sind ein organisatorisch, inhaltlich und personell stark aufgestellter Unterbezirk. Es ist unser Anspruch viel zu leisten und für einen echten linken und progressiven Politikwechsel zu kämpfen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass nur der demokratische Sozialismus Antworten auf die gegenwärtigen Probleme in Hannover, in der Bundesrepublik und in Europa geben kann. Und in Zeiten, in der die Sozialdemokratie scheinbar am Boden liegt, müssen wir uns erst recht für unsere Verbandswerte stark machen: Für den Sozialismus, Feminismus, Antifaschismus und Internationalismus.

Mitgliederbetreuung und -aktivierung, Politische Bildung

Rote Veranstaltungen sind ein wichtiger Baustein unserer Mitgliederbetreuung. Sie sollen dazu dienen neben Sitzungen und Ähnlichem, einen sozialen und kulturellen Ausgleich zu schaffen. Im kommenden Jahr soll es mindestens einmal im Monat eine rote Veranstaltung geben. Neben den bereits bestehenden Angeboten - Roter Montag (gemütliches Beisammensein) und Roter Freitag (kultureller Abend mit Film, Ausstellungsbesuch o.ä.) - soll der Rote Salon die Veranstaltungsreihe ergänzen. Der Rote Salon soll Veranstaltungen beinhalten, bei denen wir in lockerer Atmosphäre mehr über Schriften der sozialistischen Politik erfahren und über diese diskutieren können (siehe auch GSP). Neumitgliederabende sollen in regelmäßigen Abständen jeweils im Vorfeld von Roten Veranstaltungen stattfinden, um so eine direkte Einbindung in den Verband zu ermöglichen. Insgesamt stellen diese Veranstaltungen eine wichtige Grundlage zur Vernetzung der Mitglieder im Unterbezirk dar. Sie bieten die Gelegenheit, andere aktive Jusos aus dem gesamten Unterbezirk kennenzulernen und gemeinsame Ideen zu entwickeln. Sie stärken die Gemeinschaft und damit unsere Arbeit insgesamt.

Mitglieder des Juso-Unterbezirksvorstandes werden im Rahmen einer Vorstandstour anbieten, die Arbeitsgemeinschaften zu besuchen, die Angebote des Unterbezirkes vorstellen und Anregungen für weitere Verbesserungen einholen. Dezentrale Veranstaltungen im Umland Hannovers werden ausgebaut, um möglichst viele Mitglieder wohnortnah zu erreichen.

Als Teil der Mitgliederbetreuung verstehen wir auch die geplanten Frauen-Abende. Im kommenden Jahr planen wir jeweils, einen Frauen-Abend mit den weiblichen Funktions- und Mandatsträgerinnen insbesondere MdLs und MdBs aus der Region Hannover in ihren Wahlkreisen zu machen. Diese sollen gezielt ein Angebot für Frauen schaffen und ihnen den Einstieg zu den Jusos erleichtern (mehr zu dem Thema siehe auch beim AK Feminismus und Gleichstellung).

Grundlagen der sozialistischen Politik - GSP

Wir Jusos sind ein Verband, der ständig in Bewegung ist. Wir versuchen den Sozialismus weiterzudenken und ihn in Politik, Ökonomie und Gesellschaft zu verwirklichen. Dennoch darf man unsere Wurzeln nicht vergessen und muss sich mit den ursprünglichen Theorien auseinander setzen, um diese weiterdenken und neu definieren zu können. Grundlage hierfür soll ein Seminar zu sozialistischen und kommunistischen Theorien sein. Somit wird alt Eingeweihten, aber auch Neulingen die Gelegenheit geboten, sich mit unserer Parteigesichte und Ideologie auseinander zu

1 setzten. So wollen wir gewährleisten, alle mit einzubinden und Grundlagenwissen zu stärken. Wieder
2 geplant ist auch ein ArbeiterInnenliederabend im Vorfeld des 1.Mai, bei dem wir uns mit der
3 Tradition und dem Singen dieser Lieder beschäftigt werden. Ergänzend zu dieser Thematik werden
4 die Roten Veranstaltungen um den Roten Salon erweitert, der sich ebenfalls mit den Grundlagen
5 sozialistischer Politik (GSP) befassen wird (siehe auch Mitgliederbetreuung).

6 ***Bündnisarbeit***

7 Die Doppelstrategie sieht vor, für gesellschaftliche Veränderungen sowohl in der Partei als auch in
8 anderen Gruppen und Zusammenhängen zu kämpfen. In diesem Sinne ist Bündnisarbeit eine zentrale
9 Aufgabe. Wir werden bestehende Kontakte zu den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und
10 parteipolitischen Jugendorganisationen, insbesondere der Grünen Jugend und der
11 Gewerkschaftsjugenden, weiter pflegen. Wir werden uns weiterhin in Bündnissen, etwa dem
12 Jugendbündnis Hannover engagieren. Zudem ist es uns wichtig, die Zusammenarbeit mit Juso- und
13 SPD-nahen Organisationen wie den Naturfreunden, der AWO und den Falken weiterzuführen und
14 auszubauen. Darüber hinaus wollen wir weitere Kontakte zu MigrantInnenselbstorganisationen und
15 Flüchtlingsvereinen aufbauen. Zentrale Bündnisse und BündnispartnerInnen stellen für uns aber auch
16 weiterhin alle diejenigen dar mit denen wir gemeinsam gegen rechtes Gedankengut kämpfen, wie
17 z.B. der Initiative gegen rechten Lifestyle in Hannover oder dem Bündnis zu Bad Nenndorf.

18 ***Unsere Arbeit mit der SPD***

19 Wir Jusos sind die Jugendorganisation der SPD und fühlen uns in kritischer Solidarität unserer
20 Mutterpartei verbunden. Als Teil der SPD engagieren wir uns für unsere politischen Vorstellungen
21 und wollen sie nach unseren Maßstäben gestalten. Wir sind aber mehr als das: Wir sind eine starke
22 und einflussreiche linke Kraft innerhalb der SPD. In diesem Sinne möchten wir auch weiterhin in der
23 Region dieser politischen Gestaltungsrolle treu bleiben und eisern hinter diesem Handlungsanspruch
24 stehen.

25 Die Vernetzung mit anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften soll auch in diesem Jahr nicht zu kurz
26 kommen. In der Region Hannover haben wir mit zwei neu gegründeten und den bisherigen
27 Arbeitsgemeinschaften Akteure, mit denen wir inhaltliche Schnittstellen suchen werden und
28 inhaltliche Debatten unausweichlich befördern müssen. Das dient dazu, den SPD-Unterbezirk
29 langfristig und andauernd links-programmatisch zu gestalten. Es muss in unserem Interesse liegen,
30 an Richtungsentscheidung federführend mitzuwirken – dafür brauchen wir innerparteilich
31 progressive Mehrheiten.

32 Die SPD Region Hannover braucht eine linke und progressive Kommunalpolitik, die alle Menschen
33 mitnimmt. Auch hier wollen wir weiterhin unausweichlich die treibende Kraft sein und dieses Ziel
34 immer stets aufrichtig verfolgen. Aus diesem Grund werden wir auf die SPD-Regionsfraktion und
35 Ratsfraktion der Stadt Hannover so lange einwirken, bis jeweils zwei Mitglieder der Jusos kooptiert
36 werden. An dieser politischen Forderung führt für uns kein Weg vorbei.

38 ***Unsere Rolle im Verband***

39 Die Region Hannover ist ein besonders mitgliederstarker Unterbezirk. Mit diesem Glück kommt aber
40 auch eine gewisse Verantwortung. Um gut auf die Bezirks- und Landeskonzferenz vorbereitet zu sein,

1 werden wir wie auch in den vergangenen Jahren professionelle Vorbesprechungen durchführen.
2 Bereits auf der Unterbezirkskonferenz wird darauf geachtet werden, entsprechend Anträge zur
3 Bezirks- und Landeskonzferenz weiterzuleiten.

4 Unsere KandidatInnen für den nächsten Bezirksvorstand wollen wir natürlich genauso unterstützen,
5 wie die bereits gewählten Bezirks- und Landesvorstandsmitglieder. Wir freuen uns auf eine tolle
6 Zusammenarbeit.

7 Außerdem wollen wir noch stärker als bisher an der Zusammenarbeit mit anderen Unterbezirken
8 arbeiten und gegebenenfalls gemeinsame Veranstaltungen oder ähnliches durchführen.

10 **Wahlen 2014**

11 Nach einem turbulenten Wahljahr 2013 kommt das nächste auf uns zu: In der ersten Hälfte von 2014
12 wird auf gleich drei unterschiedlichen Ebenen gewählt. Es stehen in der Region Hannover die
13 Europawahlen, die RegionspräsidentInnenwahl und BürgermeisterInnenwahlen - von letzteren
14 insgesamt 16 - an. Mit bewiesenem Siegeswillen, mit Eifer, Leidenschaft und neuer Dynamik
15 möchten wir uns den Wahlkämpfen stellen und mit erfolgreichen alten und neuen
16 Wahlkampfaktionen eigene Akzente setzen. Unser Ziel wird es sein, alle KandidatInnen
17 durchzubekommen und stärkste Partei zu werden, und das vor allem bei WählerInnen zwischen 16
18 und 35.

19 **Europawahlen 2014**

20 "Europa? Betrifft uns das eigentlich was die in Brüssel beschließen?" Diese Bild haftet leider in vielen
21 jungen und alten Köpfen in unserer Gesellschaft. Europa ist allgegenwärtig, die Reisefreiheit und der
22 Euro sind nur zwei Dinge die unser tägliches Leben begleiten. Nur leider denken noch viele
23 Bürgerinnen und Bürger das es unwichtig wäre, wer in Brüssel an der Macht ist, weil es "soweit weg
24 ist und die in Brüssel eh machen was sie wollen". Dieses Denken müssen wir einreißen. Unsere
25 Aufgabe muss es sein, den BürgerInnen zu zeigen wieviel Einfluss die Regierung in Brüssel hat und
26 wie wichtig es ist, dort eine sozialdemokratische Mehrheit zu haben. Auch müssen wir alles geben,
27 um unseren Kandidaten Bernd Lange mit allen Kräften zu unterstützen. David McAllister wird sein
28 Gegenkandidat sein, der mit seinem internationalen Namen bei unpolitischen Bürgerinnen und
29 Bürgern gute Chancen hätte, gewählt zu werden. Somit stehen wir vor zwei Aufgaben: Erstens, den
30 Bürgerinnen und Bürgern die Wichtigkeit der Beteiligung an der Europawahl nahe zu bringen und
31 zweitens unseren Kandidaten Bernd Lange bestmöglich zu unterstützen und auf seine lange
32 Erfahrung im Europäischen Parlament hinzuweisen. Auch in diesem Jahr wird ein Junges Team Bernd
33 Lange gegründet, um einen attraktiven Wahlkampf für junge Wähler und Wählerinnen zu gestalten.

35 **Wahl des Regionspräsidenten / der Regionspräsidentin**

36 Die Stadt und Region Hannover werden rot regiert – das soll auch so bleiben. Nachdem Stefan
37 Schostok mit einem grandiosen und klaren Resultat zum Oberbürgermeister der Stadt Hannover
38 gewählt wurde, müssen wir nun dafür sorgen, dass Hauke Jagau, unser Regionspräsident und
39 erneuter Kandidat, mit einem ähnlich starken Ergebnis wiedergewählt wird. Es wird nicht reichen,

den Wahlkampf nur zentral und ausschließlich in der Stadt zu führen. Wir müssen einen regionalen Wahlkampfstil pflegen. Wir haben das strukturelle und personelle Potenzial dafür, weil wir einer der mitgliederstärksten Unterbezirke sind und flächendeckend aktive Juso-Arbeitsgemeinschaften besitzen. In Kooperation mit den AGen in der Region wollen wir ein starkes „Junges Team“ für Hauke Jagau auf die Beine stellen und an der Mobilisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten. Am Wahltag sollen sie mit großer Euphorie und Überzeugung unserem Kandidaten ihr Kreuz geben.

BürgermeisterInnenwahlen

In diesem Jahr finden 16 BürgermeisterInnenwahlen in der Region Hannover statt. Wir möchten zusammen mit den Arbeitsgemeinschaften die KandidatInnen in ihrem Wahlkampf unterstützen und vor allem die Jugendlichen zur Wahl mobilisieren. Der Unterbezirksvorstand sieht sich in dem BürgermeisterInnenwahlkampf nicht in der federführenden Position oder als Leitung, sondern möchte das den einzelnen Arbeitsgemeinschaften überlassen und sie ausschließlich bei Aktionen und Veranstaltungen unterstützen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wie im letzten Jahr möchten wir uns auch in diesem im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv zeigen. Auf der einen Seite bedeutet das, dass wir kontinuierlich Pressemitteilungen zu aktuellen Themen verfassen und insbesondere an die regionalen Medien herausgeben. Diese sollen auch auf einer ständig aktuell zu haltenden Homepage zu lesen sein. In diesem Zusammenhang werden wir die HP-Arbeit intensivieren und auf ein hohes Niveau setzen. Die HP soll auch in dieser UBV-Periode langfristig unser erstes Repräsentationsmedium sein und stetig als solches beworben werden. Seit dem letzten Jahr Juni läuft parallel zur Juso-Diskussionsgruppe auf Facebook auch eine Gefällt mir-Seite (Jusos Region Hannover) von uns. Diese ist von den GenossInnen und SympathisantInnen positiv aufgenommen worden, was die Anzahl an Gefällt mir-Angaben widerspiegelt: Mit mehr als 400 Fans können wir zufrieden sein und dieses als Ansporn nehmen, um auf dieser Social Network-Plattform weiter konsequent über unsere inhaltliche und aktionistische Verbandsarbeit zu berichten. Um unsere vielfältigen Aktionen sichtbar zu dokumentieren, werden wir hier auch Fotos einbringen. Hinzu kommt, dass wir auch weiterhin einen laufenden Twitter-Aufruf besitzen und im selben Maße bespielen möchten. Beide Öffentlichkeitsmedien sollen insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene erreichen und ansprechen.

Arbeitskreis Inneres

Polizei und Verfassungsschutz

Unseren Worten müssen Taten folgen! Es ist schon lange Beschlusslage der Jusos eine polizeiliche Kennzeichnungspflicht einzuführen. Im Arbeitskreis Inneres wollen wir uns mit dem Thema Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen und grundsätzlich mit dem Auftreten der Polizei auseinandersetzen. Wie können wir es schaffen, die SPD und die jetzige Landesregierung zu überzeugen, dass Niedersachsen mit einer Vorreiterrolle in der Kennzeichnungspflicht vorangeht? Wie kann Polizeiwillkür besser eingedämmt werden? Vor allem am Beispiel Hamburg kann der grobe und oft ungerechtfertigte Umgang der Polizei mit der autonomen Linken beobachtet werden. Dies

sehen wir kritisch und möchten auch den Umgang der Hamburger SPD mit der Situation nicht unkommentiert lassen. Auch wollen wir uns mit der Rolle des Verfassungsschutzes auseinandersetzen. Wird dieser noch gebraucht und ist er nach den Vorkommnissen mit der NSU nicht eine verbrannte Institution? Was gibt es für Alternativen bzw. Ideen einer neuen Struktur? Diesen Fragen wollen wir nachgehen. Geplant ist eine Veranstaltung mit VertreterInnen der GdP.

Des weiteren möchten wir uns auch mit der Videoüberwachung von Polizeidienststellen beschäftigen. Eine solche Überwachung soll in allen Bereichen einer Polizeiwache stattfinden, in den sich Inhaftierte aufhalten. Diese sollen auf einem externen Server gespeichert werden und nur auf Verdacht angesehen werden. Allerdings würde eine solche Videowache in die Privatsphäre der PolizistInnen eingreifen und deren Persönlichkeitsrecht verletzen.

Daher möchten wir uns in unserem Arbeitskreis damit auseinandersetzen, wie eine solche Überwachung möglich und umsetzbar wäre, ohne in das Persönlichkeitsrecht der PolizeibeamtInnen einzugreifen.

Hooligans und Rechtsextremismus

Die Stadt Hannover ist eng verbunden mit ihrem Fußballverein, die Liebe zum Verein trägt oftmals zur Identität mit der Stadt bei. Leider lässt sich bei Hooligans und Ultras eine höhere Anfälligkeit für rechte Ideologien feststellen. Über 40% der Hooligans sind laut eigenen Angaben "eher rechts" orientiert. Tatsächlich sind Patriotismus und Nationalismus unter vielen Fußballfans verbreitet. Diese vorhandene Gesinnung, sowie die Verherrlichung und Faszination von Gewalt, bringt Ultras und Hooligans zu rechten Gruppierungen. Auf Grund des subtilen, verdeckten Rechtsextremismus in den Stadien und dem Wunsch nach Anerkennung und Zugehörigkeit zu einer Gruppe, ist die Gefahr, in den Rechtsextremismus hineinzurutschen besonders für junge Menschen sehr hoch. Es besteht die Gefahr, dass die Fanszene unterwandert wird. Unter dem Deckmantel einer Hooligan- oder Ultragruppierung kann sich eine Vernetzung von Menschen mit rechtem Gedankengut herausbilden und Strukturen geschaffen werden.

Um aufzuklären, welche Gefahr tatsächlich von rechten Fußball -Gruppierungen ausgeht, streben wir eine Veranstaltung zu diesem Thema an. Dazu möchten wir gerne jemanden aus der Projektgruppe "Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit" des Instituts für Sportwissenschaften der Leibniz Uni Hannover einladen, um gemeinsam über rechte Fußballgruppierungen und deren Bedeutung für die Region Hannover zu diskutieren. Neben rechten Ultra-Gruppierungen gibt es natürlich auch einige linke Gruppierungen innerhalb der Fanszene, die wir unterstützen wollen.

Alltagsrassismus und Antisemitismus

In unserer Gesellschaft ist Alltagsrassismus weit verbreitet und auch Antisemitismus spielt noch eine Rolle. Sogenannte MeinungsträgerInnen schaffen es immer wieder rassistische und antisemitische Meinungen in der Gesellschaft zu verbreiten. Dies führt zu einer Unsicherheit im Umgang mit solchen Bemerkungen und dem gesamten Diskurs.

Um der Ursache dieser Alltagsrassismen und der immer noch anhaltenden Verbreitung von beispielsweise Vorurteilen gegen Juden auf den Grund zu gehen, möchten wir uns im Rahmen einer Veranstaltung detaillierter mit diesen Themen auseinandersetzen. Dazu wäre es möglich, eine/n

ExpertIn des Instituts für Soziologie einzuladen, sowie Mitglieder von anti-deutschen Bewegungen oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Bei einer solchen Veranstaltung wollen wir zum einen die Gründe dieses Verhaltens aufdecken und zum anderen über einen Umgang damit diskutieren.

Außerdem möchten wir über jüdische Gedenkstätten aufklären und uns näher mit diesen beschäftigen, zum Beispiel durch einen Besuch des KZs Bergen-Belsen.

Strukturen vor Ort

Grundsätzlich wollen wir uns im nächsten Jahr ausgiebig mit den Nazi-Strukturen vor Ort in der Region Hannover auseinandersetzen, um Aufklärungsarbeit und antifaschistische Arbeit leisten zu können. Wir werden uns gemeinsam mit Jusos aus allen AGen ein Bild von der Lage vor Ort machen und Aktionen planen. Zudem möchten wir uns mit Gruppierungen, Burschenschaften, Treffpunkten und sonstigen Strukturen der Nazis in der Region Hannover beschäftigen. So können wir konkret die Probleme mit der Rechten vor Ort angehen und zeigen, dass wir Nazis in der Region Hannover und überall sonst satt haben.

Ein zentrales Anliegen wird im nächsten Jahr vor allem sein, gegen den Thor Steinar-Laden in der List vorzugehen. Dort hat sich eine Nazi-Struktur geschaffen, die schon jetzt zum beliebten Treffpunkt vieler Menschen aus der rechten Szene in Norddeutschland und darüber hinaus geworden ist. Viele Menschen nutzen diese Struktur, um sich in der rechten Szene zu vernetzen und natürlich auch, um Klamotten zu kaufen und so ihre rassistische Gesinnung nach außen zu zeigen. Wir Jusos dürfen nicht zulassen, dass Hannover ein Treffpunkt für Nazis wird. Zudem möchten wir nicht, dass hier ein Laden existiert, der den Lifestyle der rechten Szene so sehr prägt.

Letztes Jahr nahm die NPD-Vorsitzende der Region Hannover, Kristina Krieger, ihr Studium der Politikwissenschaften an der Leibniz Universität auf. Der Umgang mit ihr sowohl von der Studierendenschaft, als auch von Seiten der Universität und der Lehrenden wurde zum Teil heftig diskutiert. Die Reaktionen auf eine Outing-Aktion in einer Vorlesung waren ebenso heftig und durchaus verschieden. Bedauerlicherweise reagierten gerade das Institut für politische Wissenschaft und einige MitarbeiterInnen unpolitisch. Den Vergleich der Aktion mit Pogromen, das Verständnis rechter Gesinnungen als politische Meinung und das Drängen der Rassistin Krieger in die Opferrolle sind aus jungsozialistischer Sicht nicht hinnehmbar. Wir möchten uns daher mit den Geschehnissen und dem Umgang mit Nazis an der Uni beschäftigen und Stellung beziehen.

Rechte Strukturen insgesamt

Um vor Ort über die Gefahr des Rechtsextremismus aufklären zu können und somit auch dagegen angehen zu können, muss man sich mit der Gesamtheit der rechten Szene auseinandersetzen. Wir werden uns mit Nazi-Strukturen wie regelmäßigen "Events", Aufmärschen, Kundgebungen, Gruppierungen, Erkennungszeichen, Musik und dem Lifestyle der extremen Rechten beschäftigen. Geplant ist dazu eine Veranstaltung mit dem Juso-Landesvorstand, auf der über rechte Musik, Kleidung, Zeichen und den allgemeinen Lifestyle der Nazis aufgeklärt wird. Um ein Zeichen gegen Nazis und Faschismus zu setzen wollen wir gemeinsam zu Demos und Kundgebungen fahren. Im Vorfeld zu geplanten Aufmärschen und Kundgebungen soll ein Informationsabend veranstaltet werden, auf dem die Geschichte des "Events" und die Bedeutung für die rechte Szene beleuchtet wird. Außerdem sind Filmabende und andere kulturelle und informative Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus geplant, unter anderem im Rahmen des Roten Freitags.

1 **Bündnisse und Aktionen**

2 Auch im nächsten Jahr möchten wir bestehende Bündnisse weiterführen und unterstützen und uns
3 mit neuen BündnispartnerInnen auseinandersetzen. Wichtig sind uns hierbei Bündnisse vor Ort wie
4 die Initiative gegen rechten Lifestyle und mit anderen antifaschistischen BündnispartnerInnen (siehe
5 dazu auch Bündnisarbeit). In diesem Zusammenhang ist auch das Bündnis Barsinghausen ist bunt zu
6 betonen. Dort werden rechtsextreme Übergriffe immernoch als Konflikte zwischen Jugendlichen
7 abgetan. Dort werden wir uns vor allem gemeinsam mit den Jusos und AntifaschistInnen vor Ort
8 gegen rechtsextreme Strukturen und den derzeitigen Umgang der Stadtverwaltungen mit den
9 Problemen einsetzen. Zudem werden wir uns auch weiterhin in überregionalen Bündnissen und
10 Initiativen einsetzen und an Anti-Nazi-Demos, Gegenkundgebungen und Blockaden in Bad Nenndorf,
11 Magdeburg, Dresden, etc. teilnehmen.

12

13 **Arbeitskreis Bildung**

14 Die Ermöglichung von individuellem, sozialem Aufstieg war und ist eines der zentralen Versprechen
15 der Sozialdemokratie. Es ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Sozialer Aufstieg kann
16 jedoch nur in einer Gesellschaft gelingen, in der alle Menschen trotz ihrer höchst unterschiedlichen,
17 jeweils sehr individuellen Herkunftsgeschichte die gleichen Chancen haben, ihr Leben frei und
18 selbstbestimmt nach ihren Wünschen zu gestalten, ohne dabei auf Barrieren oder an gläserne
19 Decken zu stoßen. Chancengleichheit ist somit der alles entscheidende Schlüssel, der dem einzelnen
20 Individuum den sozialen Aufstieg und somit die Emanzipation aus den eigenen
21 Herkunftsverhältnissen erst ermöglicht. Am ehesten lässt sich Chancengleichheit über das
22 Bildungssystem herstellen. Denn in welche Verhältnisse wir hineingeboren werden, ob wir nun arme
23 oder reiche Eltern haben, dafür können wir nichts. Wir haben nun einmal unterschiedliche
24 Startbedingungen. Aber was wir anschließend aus unseren Möglichkeiten, unseren Fähigkeiten und
25 Fertigkeiten machen, ob sie verkümmern oder ob wir sie frei entfalten können, das kann beeinflusst
26 werden. Es kann beeinflusst werden über die Art und Weise, wie man das Bildungssystem
27 ausgestaltet. Und genau das hat die Politik zu entscheiden. Bildungspolitik betrifft alle –
28 insbesondere und vor allem jedoch die Jugend: junge Menschen, die zur Schule gehen, die sich in
29 Ausbildung befinden oder die ein Studium absolvieren, sie alle werden tagtäglich und unmittelbar
30 mit dem Bildungssystem und den bildungspolitischen Beschlüssen, die Auswirkungen auf das
31 Bildungssystem haben, konfrontiert. Wir sind junge Menschen, wir sind die Jugend, wir sind die Jusos
32 – ein politischer Richtungsverband. Und da wir das sind, da wir jung sind, kann uns Bildungspolitik
33 nicht kalt lassen, nicht einfach so egal sein. Denn uns alle berührt und betrifft dieses Politikfeld viel zu
34 sehr – so sehr, dass wir Jusos gar nicht darum herum kommen, als uns in einem engagiert
35 arbeitenden AK intensiv damit zu beschäftigen. Wir Jusos Region Hannover brauchen also einen
36 Arbeitskreis Bildung, wir brauchen eine Art „Think Tank“ in Sachen Bildungsfragen, wenn wir denn als
37 jugendpolitischer Verband ernst genommen und auch gehört werden wollen!

38 ***Wir haben die Macht: Machen wir was draus?!***

39 Vor einem Jahr fanden in Niedersachsen Landtagswahlen statt. Seitdem wird unser Bundesland von
40 einer rot-grünen Koalition regiert. Die SPD ist Regierungspartei und stellt mit Frauke Heiligenstadt die
41 Kultusministerin. Da das Kooperationsverbot weiterbesteht, ist und bleibt Bildung Ländersache. Doch

auch die Kommunen haben ein Wörtchen mitzureden, denn sie sind die Schulträger. Aber auch auf kommunaler Ebene gibt es sowohl in der Regionsversammlung wie auch im Rat der Stadt Hannover rot-grüne Mehrheitsbündnisse. Somit hat die SPD zusammen mit den Grünen auf allen für den Bildungsbereich relevanten Ebenen die Gestaltungsmacht inne und kann die Schul- und Bildungslandschaft in der Region Hannover prägen und nach ihren Vorstellungen verändern. Jedoch wie geht die SPD mit dieser Gestaltungsmacht um? Was macht die SPD mit der Macht? Macht sie was draus? Der AK Bildung wird es sich zur Aufgabe machen, die Bildungspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. In Form von Anträgen, Positionspapieren und Pressemitteilungen wollen wir Stellung beziehen und unsere progressiven, jungsozialistischen Antworten auf die gegenwärtig diskutierten, bildungspolitischen Fragestellungen klar zum Ausdruck bringen.

Wer Visionen hat, sollte nicht zum Arzt gehen, sondern zum AK Bildung

Wer, anstatt nur im Dunkeln zu tapen und im Nebel zu irren, mehr vorhat, wer etwas erreichen möchte, der muss sich ein Ziel setzen, der muss eine Vision davon haben, wo er denn einmal hin möchte. Das gilt ganz generell für alle Bereiche des Lebens, es gilt aber auch sehr speziell für den Politikbetrieb. Deshalb möchten wir uns im AK Bildung in einem langfristig angelegten Projekt der Fragestellung widmen, wie denn die perfekte Schule aussehen könnte. Wir wollen eine Vision eines wirklich humanen Schul- und Bildungswesens entwickeln: ein Idealbild, das von der Politik angestrebt und möglichst weitgehend verwirklicht werden sollte.

Aktion und Kooperation

Um einen intensiven Meinungs- und Informationsaustausch über Bildungsfragen anzuregen und zu pflegen, wird der AK Bildung eng mit politisch und inhaltlich nahe stehenden Akteuren und Verbänden aus dem Bildungsbereich kooperieren. Parteiintern wird eine vernetzte Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und mit den Juso-Schüli-Gruppen angestrebt. Als externe Kooperationspartner sind unter anderem der LandesschülerInnenrat Niedersachsen und die LehrerInnengewerkschaft GEW angedacht. Wir wollen zudem Bildungsbündnisse unterstützen, bei denen wir die inhaltliche Nähe als gegeben ansehen. Darüber hinaus werden wir natürlich auch zur Teilnahme an Demonstrationen und (Protest)Aktionen aufrufen und uns auch selbst daran aktiv beteiligen, sofern uns denn diese Kundgebungen und Aktionen dazu dienlich erscheinen, unseren bildungspolitischen Forderungen und Vorstellungen mehr Gewicht in der Öffentlichkeit zu verleihen.

Diskussion und Exkursion

Der AK Bildung möchte die derzeit bedeutsamen bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gern näher beleuchten. Um konkrete Sachverhalte und Entscheidungsprozesse besser verstehen, nachvollziehen und gegebenenfalls auch mittragen zu können, werden wir Podiumsdiskussionen oder andersformatige Veranstaltungen durchführen, bei denen wir mit interessanten, hochkarätigen Gästen – Akteure aus der Politik und dem Bildungsbereich – ins Gespräch kommen wollen. Des Weiteren hat der AK Bildung geplant, nicht nur hinter verschlossenen Türen zu tagen, sondern auch mal hinaus zu gehen, um die Bildungslandschaft ein wenig zu erkunden. Wir werden dorthin gehen, wo Bildung passiert und praktiziert wird. Beispielsweise ist angedacht, dem Schulbiologiezentrum als einem außerschulischen Lernort einmal einen Besuch abzustatten. Auch ein mustergültiges Beispiel für inklusive Pädagogik – das integrative Theaterprojekt Klatschmohn, bei dem SchülerInnen mit und ohne Handicap mitwirken – wollen wir

uns zusammen anschauen. Doch das Highlight kommt ganz zum Schluss unserer Arbeitsperiode: ein Rundgang über die Bildungsmesse didacta, die vom 10.-14. Februar 2015 in Hannover stattfinden wird.

Arbeitskreis Internationales

Der Arbeitskreis Internationales hat in den vergangenen Jahren viele Veranstaltungen organisiert. Diese erfolgreiche Arbeit soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Dabei werden insbesondere die EU-Politik, die niedersächsische Flüchtlingspolitik, die internationale Zusammenarbeit und Probleme in Zusammenhang mit internationaler Kriminalität thematisiert werden.

Die Europäische Union

Dieses Jahr werden wir uns mit den Wahlen des Europäischen Parlaments befassen und diese zum Grund nehmen um über die Demokratie in der EU zu sprechen. Des Weiteren werden wir uns konstruktiv mit der EU – Erweiterungspolitik auseinandersetzen und besonders einen Blick auf die „Kopenhagen Kriterien“ sowie über die Verhandlungspartner; Türkei, Serbien und Montenegro werfen. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob eine Besuchsreise nach Brüssel möglich ist.

Niedersächsische Flüchtlingspolitik

Die niedersächsische Flüchtlingspolitik hat seit der Amtsübernahme der SPD und den Grünen ihr menschliches Antlitz wieder erhalten. Die neue Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, vertritt die Interessen der MigrantInnen gegenüber dem Landtag. Gleichzeitig gibt es weiterhin viele Probleme: Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen und Widerstände gegen Flüchtlingsheime. Diesen Themen möchten wir uns annehmen und so dazu beitragen Ressentiments gegenüber den Flüchtlingen abzubauen, die wegen politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Notlagen oftmals keine andere Möglichkeit mehr sehen als eine Flucht aus ihrem Heimatland. Dabei muss auch die europäische Flüchtlingspolitik mitgedacht werden. Die Menschenrechte sollten auch für die EU wieder einen höheren Stellenwert besitzen.

Internationale Kriminalität – Drogenhandel

Der Drogenhandel ist ein komplexer krimineller Vorgang, der von Jahr zu Jahr global zugenommen hat. Das organisierte Verbrechen hat insbesondere Mittel- und Südamerika aber auch in Mitteleuropa ein unübersichtliches Ausmaß erreicht, gegen das nur noch schwer vorzugehen ist. Es haben sich kriminelle Bande, mafiöse Strukturen und große Drogenkartelle auf dem Schwarzmarkt etabliert, die den Drogen-Absatzmarkt kontrollieren. Nicht zu selten führen die Korruptionsgeschäfte zu heftigen Bandenkriegen und Mordtaten. Weiterhin ist bekannt, dass der Drogenhandel stark mit dem Menschenhandel, mit Zwangsprostitution und dem Waffenhandel in Verbindung steht.

Wir möchten uns dieser komplexen Thematik mit Hilfe von internationalen Dokumentarfilmen und politischer Berichterstattung nähern und intensiv über mögliche Lösungsansätze diskutieren.

Internationale Kooperationen

Gerne würden wir eine internationale Freundschaft zu einer Jugendorganisation von einer Sozialdemokratischen Schwesterpartei aufbauen. Hierzu werden wir Kontakt aufbauen und versuchen eine kooperative Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Entwicklungshilfe

Ein weiterer Schwerpunkt wird die internationale Entwicklungshilfe sein. Wir werden uns mit verschiedenen Formen befassen und explizit über Geld oder Nahrung diskutieren. Des Weiteren erwägen wir eine kooperative Zusammenarbeit mit Amnesty International Niedersachsen. Hierbei soll vor allem der Fokus auf den Missbrauch von Entwicklungshilfe liegen.

Projektgruppe "Interkultureller Dialog"

Die Projektgruppe „Interkultureller Dialog“ wird in diesem Jahr an seiner vergangenen Arbeit anknüpfen und weiter das Gespräch mit den kulturellen und religiösen Einrichtungen suchen. Die letzten Treffen haben uns wieder einmal verdeutlicht, wie groß der interkulturelle und -religiöse Reichtum in unserer Region ist. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht auf erzielte Erfolge ausruhen, sondern unser Netzwerk in diesem Bereich stetig ausbauen. Gerade in einer Zeit, wo scharfe Debatten über die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik geführt werden, müssen wir ein klares Zeichen setzen und erkennbar nach außen hin zeigen – die Jusos sind und bleiben stolz auf die Vielfaltigkeit in der Region Hannover! Konkret heißt es für die Projektgruppe, dass sie in den nächsten Monaten verschiedene Einrichtungen aus dem Kultur und Religionsbereich besuchen wird. Folgende Besuche sind geplant: 1. Die liberal-jüdische Gemeinde, 2. die Schura Niedersachsen, 3. der vietnamesisch-buddhistische Tempel, 4. der Afrikanische Dachverband, 5. die Bosniakische Gemeinde und 6. die Türkische Gemeinde Niedersachsen. Weitere Ideen und Anregungen sind immer gerne gesehen.

Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz

Eines der wichtigsten Themen der umweltpolitischen Arbeit der Jusos, wird das Thema Energiewende sein. Bei den aktuellen Entwicklungen werden Große Unternehmen bevorzugt, so dass ein rascher Umstieg auf alternative Energiegewinnung schwerer wird, für uns jedoch nicht unmöglich sein sollte. Hier müssen Alternativen gefunden werden, die wir durch Anträge unterstützen werden.

In Hannover haben wir inzwischen ein Programm gegen Lichtverschmutzung, dieses muss weiterhin kritisch begleitet werden. Hierfür werden wir weiter mit der Ratsfraktion zusammen arbeiten.

Ein weiteres Thema, welches immer aktueller wird, ist die Situation der Eilenriede – Hannovers Grüner Lunge. Auf der einen Seite ist sie für die Menschen in Hannover ein Naherholungsgebiet auf der anderen Seite ein Ökologischer Lebensraum vieler Tiere. Wir werden uns damit auseinandersetzen, wie wir damit umgehen werden und wollen.

Artgerechte Haltung und Landwirtschaftliche Produktion abseits von Massentierhaltung und übermäßigem Medikamenten- oder Schadstoffeinsatz. Dies sind für uns JungsozialistInnen

1 elementare Inhalte, was progressive Ernährungs- und Umweltpolitik angeht. Die Sensibilisierung für
2 diese Themen, sowie der Einsatz für eben diese besseren Umstände für Mensch, Tier und Umwelt
3 werden unsere Aufgaben sein.

4 Jeder weiß heute wie wichtig Bioprodukte sind. Aber wer kann sie bezahlen? Als JungsozialistInnen
5 ist es unsere Aufgabe, Lösungen zu finden wie man biologische Nahrungsmittel auch Menschen mit
6 geringen Einkommen zugänglich macht.

7 **Tierschutz**

8 1. Echtpelz (Katzen-,Hundefell) an Jacken, Mützen, Schuhen und etc.

9 Der echte Pelz wurde als Kunstpelz gekennzeichnet. Die VerbraucherInnen wurden getäuscht. Die
10 Tiere erleiden höllische Qualen. Seit 2009 ist es nicht gestattet, Haustierfell in der EU zu verkaufen.
11 Zuletzt machten Tom Tailor und Drogeriekette Müller auf sich aufmerksam, da sie Katzenfell an
12 Jacken verarbeitet hatten und diese aber mit Kunstfell gekennzeichnet haben! Im November 2013
13 gab es einen ähnlichen Fall bei Karstadt. Wir möchten uns mit diesem Thema beschäftigen und die
14 Menschen darüber informieren, dies werden wir durch Flyer verteilen, Veranstaltungen und
15 Podiumsdiskussionen. Animals' Liberty hat eine Kampagne auf Facebook gestartet gegen das Pelz
16 tragen (<http://www.kunstpelz-ist-echt.de>), die wir unterstützen möchten.

17 2. Tötungen der Hunde in Rumänien.

18 Anfang September kam es in der rumänischen Hauptstadt Bukarest zu einem Beißvorfall, bei dem ein
19 kleiner Junge getötet wurde.

20 Nach diesem Vorfall wurde am 10. September 2013 laut verschiedener Medien ein Gesetz
21 beschlossen, dass die Tötung aller heimatlosen Hunde vorsieht. Am 25. September hat das höchste
22 rumänische Gericht eine Klage gegen dieses Gesetz abgewiesen. Mit der Unterschrift von Präsident
23 Traian Băsescu ist es am selben Tag in Kraft treten.

24 Einem Schreiben der Intergroup on the Welfare and Conservation of Animals des EU-Parlaments vom
25 8. Oktober 2013 an den rumänischen Präsidenten zufolge können heimatlose Hunde jedoch auch
26 weiterhin in Tierheimen untergebracht werden. Die Entscheidung liegt bei den Gemeinden.

27 Angesichts der katastrophalen Zustände in den meisten rumänischen Tierheimen leiden die Hunde in
28 diesen Einrichtungen sehr! Selbst, wenn alle heimatlosen Hunde in Rumänien eingesperrt würden,
29 wäre das keine Lösung, die den Tieren gerecht wird. Wir könnten protestieren für eine Verbesserung
30 des Tierschutzes in Rumänien! Die einzige zukunftsfähige Lösung, um die Population heimatloser
31 Hunde und ihr Leid langfristig zu reduzieren, sind flächendeckende Kastrationsprogramme. Daneben
32 müssen auch gesetzliche Maßnahmen erlassen werden, die Tiere effektiv schützen. Die
33 Kastrationsprogramme werden nur von freiwilligen Organisationen durchgeführt.

34 Es gab vor vielen Jahren schon mal so eine Tötungsaktion und diese führte nicht zu Erfolg.

35 3. Der Wolf ist in Deutschland zurück

36 Wir können Infoveranstaltungen ins Leben rufen, damit die BürgerInnen wissen, was auf sie
37 zukommt. Da immer noch viele Menschen Bedenken oder Angst haben, wirbt und sensibilisiert die

1 WWF die BürgerInnen für das Thema. Peter Sürth könnte eine Infoveranstaltung halten oder andere
2 ExpertenInnen.

3 **Netzpolitik**

4 Netzpolitik ist nicht nur die Angelegenheit von einzelnen Personen, sondern eine Angelegenheit die
5 uns alle betrifft. Besonders im Informationszeitalter spielt die Netzpolitik nicht nur eine wichtige
6 Rolle in der sozialen, ökonomischen und politischen Welt, sondern ist auch ein Grundrecht unserer
7 Gesellschaft. Dass aber Nationen den heimlichen Zugang zu Computern, Smartphones und anderen
8 modernen Kommunikationsgeräten suchen, ist hierbei leider nichts Neues.

9 Wir wollen nicht zuschauen, wie die Verletzung des Grundrechts auf Gewährleistung der
10 Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme zum Dauerzustand wird. Die Politik
11 über das Netz ist schon lange keine „Nerd-Angelegenheit“ mehr, sondern schon lange ein zentrales
12 Thema der Allgemeinheit.

13 Hierbei werden wir uns nicht nur mit nationalen und internationalen politischen Themen über das
14 Netz, kritisch befassen, sondern auch die zukünftige Entwicklung genau mit verfolgen.

15 Aktiv wollen wir Informationen bereitstellen, die zur Verbesserung des Datenschutzes im Internet
16 behilflich sein können. Hierzu werden wir einige einfache Software Lösungen vorstellen, welche das
17 anonyme surfen im Internet unterstützen. Mit Hilfe von Regelmäßigen Vorführungen, Präsentationen
18 oder auch Themen Abenden wollen wir zusätzlich, allgemeine Fragen zu Verbesserung der
19 Datensicherung und Privatsphäre klären und einige Lösungsansätze vorstellen.

20

21 **Arbeitskreis Feminismus und Gleichstellung**

22 Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, deswegen ist die Auseinandersetzung mit
23 Feminismus ein sehr wichtiger Punkt unserer politischen Arbeit. Seit der Einführung des
24 Frauenwahlrechts 1918 hat sich viel getan. Leider werden Frauen auch heute noch aufgrund ihres
25 Geschlechts in der Berufswelt und in anderen Bereichen des Lebens diskriminiert. Umso wichtiger
26 wird es für Frauen und Männern sich mit der feministischen Theorie und der Emanzipation der Frau
27 auseinander zusetzen. Auch muss bedacht werden, dass die Jusos eine Gruppe mit einer hohen
28 Fluktuation sind und nicht alle GenossInnen auf dem gleichen Wissenstand sind. Um dies zu ändern,
29 wird ein zwei tages Seminar zum Thema Feminismus veranstaltet. Am ersten Tag sollen Basics
30 vermittelt werden (Grundlagen des Feminismus und einige Theorien bekannter Feministinnen, evtl.
31 als Referentin Dr. Martinsen- Uni Hannover-). am zweiten Tag sollen aktuelle Themen und bekannte
32 Feministinnen eingeladen werden

33 Feminismus statt Sexismus. Sexismus ist leider in unserer Gesellschaft immer noch weit verbreitet:
34 in Filmen, ebenso wie in Werbung, Zeitschriften und anderen Medien, aber auch auf dem
35 Arbeitsmarkt, in der Schule oder Hochschule und auch beim alltäglichen Umgang
36 miteinander. Wir werden durch unsere Arbeit weiter für die Problematik sensibilisieren uns intensiv
37 mit dem Thema Sexismus beschäftigen - Was ist sexistisch? Was ist Alltagsexismus? Wie können wir
38 sexistische Muster bekämpfen? Was können wir ändern oder verbessern? Was tun bei
39 sexistischen Sprüchen?

1 Zur besseren Vernetzung der Frauen im Unterbezirk wollen wir in regelmäßigen Abständen zu einem
2 Frauenforum einladen, ähnlich dem des Landesverbandes. Es soll dazu dienen die Frauen in unserem
3 Unterbezirk besser zu vernetzen und sich über Problemlagen und Erfahrungen in einem geschützten
4 Raum austauschen zu können. Dies soll ergänzend zu den Frauen-Abenden sein (siehe auch
5 Mitgliederbetreuung). Die Frauen-Abende, zu denen wir die jeweilige MdL bzw MdB des örtlichen
6 Wahlkreises einladen wollen, sollen den Einstieg zu den Jusos für junge Frauen erleichtern und
7 ebenfalls die Vernetzung fördern. Außerdem wollen wir wieder dafür werben, an dem jährlich
8 stattfindenden Feminismus Seminar des Bezirks teilzunehmen und auch für das Frauenforum des
9 Landesverbandes. Darüber hinaus wollen wir uns an Aktionen zum Weltfrauentag, zum Equal Pay Day
10 und zu „One Billion Rising“ beteiligen.

11 Geschlechterrollen und Stereotypen prägen unsere Gesellschaft maßgeblich. Von Männern und
12 Frauen wird erwartet, sich ihrem Geschlecht entsprechend zu verhalten. Dies gilt es zu überwinden!
13 Jeder Mensch soll sich individuell entfalten! Außerdem sind Frauen in technischen Berufen immer
14 noch unterrepräsentiert. Welche Ursachen liegen dieser Tatsache zu Grunde und wie kann man
15 diesem entgegenwirken und Frauen gezielt fördern. Zu diesen Thematiken möchten wir eine
16 Veranstaltung mit Dr. Silke Lesemann MdL planen, die sich gezielt mit der Geschichte der Frauen und
17 gesellschaftlichen Rollenbildern beschäftigt. Als Grundlage einer solchen Veranstaltung soll ihr Buch
18 "Geschlechterrollen. Technik im Korsett- männlich, weiblich, menschlich?" dienen, anhand dessen
19 wir mit ihr über die Bedeutung von geschlechterspezifischen Rollentypen im 21. Jahrhundert
20 diskutieren wollen.

21 ***Homophobie & Transphobie***

22 Homosexualität wird in vielen Ländern der Welt bestraft, obwohl es für uns keine Straftat ist. In über
23 40 afrikanischen Staaten wird Homosexualität sogar mit der Todesstrafe bestraft. Selbst in Staaten,
24 die noch so modern wirken, gibt es Verbote für gleichgeschlechtliche Ehen oder werden Strafen für
25 Homosexualität verhängen. Es ist daher wichtig, gegen Diskriminierung und für mehr Toleranz zu
26 werben und zu kämpfen. Dabei handelt es sich nicht nur um homosexuelle Menschen, sondern auch
27 inter-, trans oder bisexuellen Menschen, die täglich Schikanen oder Strafen ausgesetzt sind und in
28 manchen Teilen der Erde sogar um ihr Leben bangen müssen.

29 Dabei ist es wichtig, Menschen darüber aufzuklären, unter welchen Umständen, Menschen in
30 anderen Ländern leben müssen. Dazu geht es darum, Menschen auch über die fehlende Toleranz
31 gegenüber Menschen in Deutschland aufzuklären und zu mehr Gleichberechtigung und weniger
32 Diskriminierung aufzurufen.

33 Des Weiteren wollen wir uns weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass die Rechte der eingetragenen
34 Lebenspartnerschaften den der Ehe entsprechen. Denn Liebe ist ein Menschenrecht.

35 Wir planen außerdem, erneut am CSD (Christopher Street Day) in Hannover teilzunehmen und
36 präsent zu sein. Dabei wollen wir die Schwusos unterstützen. Darüber hinaus ist ein Ziel, in der
37 Zukunft eine engere Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen mit den Schwusos zu planen.

39 **Arbeitskreis Soziales, Arbeit, Wirtschaft**

1 Im Arbeitskreis Soziales, Arbeit Wirtschaft (AK SAW) beschäftigen wir uns mit einer der Kernthemen
2 der Sozialdemokratie. Unsere Partei ist eine Arbeiterpartei. Ziel ist es und muss es auch weiterhin
3 sein für gerechte Löhne zu kämpfen, die Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern, für mehr
4 soziale Gerechtigkeit zu sorgen und für eine nachhaltige sozialverträgliche Wirtschaftspolitik
5 einzutreten. Im Folgenden findet ihr ein paar der Themen mit denen wir uns beschäftigen wollen und
6 /oder zu denen wir Veranstaltungen machen wollen.

7 Auch wenn inbesondere viele Jusos nicht dafür waren, regiert nun wieder eine Große Koalition. Für
8 viele Themen haben wir hart gekämpft im Wahlkampf. Ein Teil soll umgesetzt werden, aber einiges
9 auch nicht. Wir wollen uns nochmal genau mit der geplanten Umsetzung des Mindestlohn
10 beschäftigen, aber auch mit anderen arbeitsmarktpolitischen Plänen der Bundesregierung. Werden
11 ausreichend Maßnahmen ergriffen um Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zu bekämpfen? Wird es
12 endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben?

13 Auch ein Thema für das wir hart gekämpft haben im Wahlkampf von dem wir aber leider so gut wie
14 nichts umsetzen konnten sind unsere Forderungen im Bereich Steuerpolitik. Wir wollen diskutieren
15 wie es im Bereich Steuerpolitik weiter gehen kann und muss. Viele der Forderungen sind für uns
16 immernoch aktuell. Die geplanten Steuererhöhungen für Besserverdiener wurden und werden aller
17 Voraussicht nach nicht durchgeführt. Außerdem werden fragwürdige Projekte wie die Mütterrente,
18 mitgetragen durch die SPD, nun im Bundestag realisiert.

19 Des weiteren wollen wir auch die wirtschaftliche Situation in Deutschland und der Welt näher
20 beleuchten und hinterfragen. Ist die momentane Finanzpolitik der Kanzlerin noch zeitgemäß? Kann
21 man die momentane Kinderarmut in Deutschland auf ein wirtschaftliches Ungleichgewicht in der
22 Verteilung der Güter zurückführen? Soll Deutschland wirklich eine marktkonforme Demokratie sein?
23 Mit solchen und anderen Fragen gilt es sich kritisch auseinander zu setzen.

24 Ein weiterer strittiger Punkt ist das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Immer
25 mehr Menschen erkennen diese gewollte Intransparenz und verurteilen diese. Auch für uns als
26 JungsozialistenInnen ist dieses Thema von enormer Wichtigkeit. Soll Europa und speziell Deutschland
27 in einem festgeschriebenen Vertrag Zwangsimporteur von Amerikanischen Waren werden?

28 Der demographische Wandel ist in ganz Deutschland allgegenwärtig und wird laut vieler Experten
29 einen gesellschaftlichen und sozialen Wandel in der gesamten Republik herbeiführen. Doch wie kann
30 dieses Problem angegangen werden? Wir als Jusos wollen versuchen für eine familien- und
31 arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik einzutreten. Dazu gehört das übergeordnete
32 Ziel eine gerechte Verteilung des Geldes in der Gesellschaft zu erwirken. Im Kleinen treten wir zum
33 Beispiel für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der wirtschaftlichen Akzeptanz für
34 junge Familien und der damit verbundenen Elternteilzeit ein.

35 Immer wieder erreichen uns schreckliche Nachrichten über den Zusammensturz von Fabriken aber
36 auch anderen katastrophalen Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Ländern in den zu
37 menschenunwürdigen Bedingungen und Löhnen Produkte hergestellt werden, die wir und unsere
38 Gesellschaft konsumieren. Können wir das mit uns vereinbaren? Was für Maßnahmen können und
39 müssen außenpolitisch, handelspolitisch und konsumtechnisch ergriffen werden?

40 **1. Mai** Gleich zu Beginn des neuen Juso Jahres steht der 1. Mai an. Neben dem bereits etablierten
41 ArbeiterInnenliederarbeit wollen wir uns inhaltlich mit diesem Tag auseinandersetzen und ggf. ein

- 1 Transpi erstellen. Am Demonstrationszug zum 1. Mai und der zentralen Kundgebung wollen wir als
- 2 gesamter Unterbezirk natürlich wieder mit vielen Fahnen und GenossInnen teilnehmen.
- 3 Zu hohe Mieten! Schon nach der ersten eigenen Wohnung, nach einem neuen WG-Zimmer oder
- 4 anderem Wohnraum gesucht? Viele Mieten steigen und es gibt immer weniger günstigen Mietraum.
- 5 Was tut die große Koalition gegen dieses Problem? Gibt es Maßnahmen der Stadt Hannover? Was für
- 6 Pläne gibt es für sozialen Wohnungsbau?
- 7 Diese und vielen weitere Themen, Fragen und Problemstellungen wollen wir im AK SAW diskutieren
- 8 etwa bei Sitzungen, Veranstaltungen aber auch Podiumsdiskussionen.

Anträge zur Juso Unterbezirkskonferenz 2014

Antragsbereich Bildung

B1 - Inklusion ernstnehmen - angepasste Dauer des Anerkennungsjahre für SozialarbeiterInnen

Antragsteller: Lukas Wollenzien

Weiterleitung an: AK Arbeit, Soziales und Wirtschaft, LaKo, LaVo, SPD Landtagsfraktionen, Buko

Wir fordern, dass die Hochschulgesetze in der Bundesrepublik Deutschland in soweit ergänzt wird, dass die Dauer des Anerkennungsjahres und die wöchentliche Arbeitsstunden auf die Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden kann.

Begründung:

Unter dem Aspekt der Inklusion sollte es für jede/n AbsolventIn des Studiums der Sozialen Arbeit die staatliche Anerkennung als SozialarbeiterIn zu erlangen. Hierbei muss der/die AbsolventIn ein Arbeitspensum ableisten. Dieses sollte nicht nur in voll- oder Teilzeit abgeleistet werden können, sondern die Arbeitszeit muss individuell auf den/die AbsolventIn angepasst werden, um die optimalen Bedingungen für AbsolventInnen zu gewährleisten.

B2- Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden Religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen

AntragstellerInnen: Juso AG Südstadt-Bult

Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden, verbindlichen und religionsübergreifenden Ethikunterrichts ab der Grundschule.

Begründung:

Die Zugehörigkeit zu den christlichen Religionsgemeinschaften hat innerhalb der letzten Jahre und Jahrzehnte in unserer Gesellschaft beständig abgenommen. Gleichzeitig wurde unsere Gesellschaft bereichert durch die Immigration von Menschen, die sehr häufig anderen Religionsgemeinschaften angehören.

Obwohl das Grundgesetz (Art. 4) die Religionsfreiheit garantiert, und letztlich damit auch die Freiheit von Religion, wird mit dem konfessionellen Religionsunterricht gerade in Grundschulen den christlichen Kirchen ein Privileg eingeräumt, das nicht länger zeitgemäß und auch nicht an den Bedürfnissen vieler Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern orientiert ist. Während Angehörigen der christlichen Glaubensgemeinschaften damit

1 entgegengekommen wird, sind Alternativen – besonders für konfessionsfreie Schülerinnen
2 und Schüler – rar gesät. Häufig bedeutet dies die Wahl zwischen der Teilnahme am
3 konfessionsgebundenen Unterricht oder aber den Ausfall desselben. Ein
4 religionsübergreifendes Angebot, wie z.B. das Fach „Werte & Normen“, findet sich häufig
5 erst sehr viel später an weiterführenden Schulen.

6 Darüber hinaus bestehen in Form von kirchlichen Veranstaltungen (z.B. Kindergottesdienste,
7 Konfirmandenunterricht) sowie Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft bereits zahlreiche
8 Möglichkeiten, um Kindern religionsbezogene Inhalte nahezubringen.

9 Staatliche Schulen haben hingegen einen gruppenübergreifenden Bildungsauftrag.

10 Unsere pluralistische Gesellschaft ist immer mehr auf die Schaffung, Wahrung und
11 Weitergabe gemeinsam gelebter Werte und Normen angewiesen, die über ein individuelles
12 religiöses Bekenntnis hinaus bereits Kindern Aspekte wie Menschenwürde, Demokratie, u.a.
13 vermitteln.

14 **Antragsbereich Europa und Internationales**

15 **E1 - Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!**

16 AntragsstellerInnen: Juso-AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp

17 Die Juso Unterbezirkskonferenz möge, auch in Anbetracht des zusammenwachsenden
18 Europas im Europawahljahr 2014, beschließen:

19 Wenn manche Menschen Unterkünfte für in Not geratene Flüchtlinge als „mietminderung“
20 ansehen, und Nazis sich in der List mit Szenemode eindecken wollen, dann setzen wir
21 dagegen ein klares Zeichen: **Weltoffenes Hannover – Weltoffene Jusos!** Wir wollen uns
22 noch intensiver dafür einsetzen, dass alle Kulturen bei uns eine Heimat finden – in der
23 Region Hannover, und bei den Jusos Region Hannover.

24

1	• Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit	35	Nous supportons expressément le travail de
2	der Willkommensinitiativen für	36	les initiatives de bienvenue pour des
3	Flüchtlinge und des Unterstützerkreises	37	réfugiés et du cercle de supporters abris de
4	Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.	38	réfugiés Hanovre e.V.
5		39	
6	• Wir öffnen uns aktiv auch nicht-	40	• 我们为不讲德语的党员开放自己，
7	deutschsprachigen Mitgliedern, die bei	41	使他们加盟我们主动一起形成社会
8	uns aktiv werden möchten und mit uns	42	主义政治。
9	gemeinsam sozialistische Politik	43	
10	gestalten wollen.	44	• Our work program and central
11	• Wir stellen unser Arbeitsprogramm und	45	demands are to be published online,
12	unsere zentrale Forderungen auch in	46	in English as well as German, to reach
13	Englisch auf unsere Homepage, um so	47	even more interested young people,
14	noch mehr MitbürgerInnen mit unseren	48	and motivate them to join our cause.
15	Positionen erreichen und zu einer	49	
16	Mitarbeit motivieren zu können.	50	• Ma be donbale hamkariye doostane
17	• Wir suchen freundliche Partnerschaften	51	ba organhayê beynolmelali hastim
18	mit internationalen verbündeten	52	(baraye mesal: ba Young European
19	Organisationen (z.B. über die Young	53	Socialists ya International United of
20	European Socialists und die	54	Socialists Youth) vaseye behboodiye
21	International Union of Socialist Youth)	55	rabeteye siasi, farhangi va edjtemayi.
22	für den gemeinsamen politischen,	56	
23	kulturellen und sozialen Austausch.	57	• Mi podržavamo višejezičnost u svim
24		58	segmentima: u našem političkom
25	• Wir unterstützen Mehrsprachigkeit in	59	angažovanju i našim radnim
26	allen Bereichen; sowohl in unserer	60	aktivnostima hoćemo da omogućimo
27	Arbeit als auch in unseren politischen	61	razvijane višejezičnosti u
28	Forderungen durch Einsatz für	62	obrazovnom sistemu.
29	ausgeweitete Mehrsprachigkeit im		
30	Bildungssystem.		
31			
32	<u>Begründung:</u>		
33	Erfolgt mündlich.		
34			

E2 - Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD in den Fraktionen Hannovers jetzt verwirklichen

AntragsstellerInnen: Juso-AG Linden-Limmer

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos der Region Hannover möge beschließen und an den SPD–Stadtverbandsparteitag und –Unterbezirksparteitag weiterleiten und an die SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis geben:

Wir fordern die Umsetzung des europäischen Freiwilligendienstes in den Fraktionen der Stadt und der Region Hannover. Zum derzeitigen Zeitpunkt haben die Geschäftsstellen der SPD–Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie der SPD–Regionsfraktion Hannover keine europäischen Freiwilligen. Deshalb fordern wir die SPD–Ratsfraktion der Stadt Hannover und die SPD-Regionsfraktion der Region Hannover dazu auf:

- 1) die Stadt- und Regionsverwaltung mit einem Prüfverfahren bezüglich der Schaffung von Stellen für europäische Freiwillige in den Fraktionen zu beauftragen, diese Prüfverfahren sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.
- 2) Bei positiven Beurteilungen sollen in den nächsten zwei Jahren die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir die SPD-Fraktionen dazu auf, diese Stellen zur nächst folgenden Bewerbungsphase auszuschreiben.

Begründung:

Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Jugendliche eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen können. Es ist offensichtlich, dass viele europäische Märkte entweder ausgelastet sind oder große Probleme haben. Es bedarf der europäischen Solidarität, um jedem arbeitslosen Jugendlichen eine wirtschaftliche Zukunft zu gewähren.

Eine erste Möglichkeit könnte der Europäische Freiwilligendienst sein. Er bietet jungen Menschen von 16 bis 30 Jahren die Möglichkeit zwischen zwei Monaten und zwölf Monaten in einem anderen Land zu arbeiten. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützige Tätigkeit in den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt oder Kultur. Ziel des Europäischen Freiwilligen Dienstes ist es, jungen Menschen die Chance zu geben, Kompetenzen zu entwickeln, die eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und am Ausbau eines mobilen Europas ermöglichen.

Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in den Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union dramatische Ausmaße an. Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz. Damit sind nahezu sechs Millionen junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. In manchen Regionen Spaniens und Griechenland sind sogar über 70 % der jungen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen.

Deutschland, Niedersachsen und die Region Hannover haben im europäischen Vergleich eine niedrige Jugendarbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa vernichtet nicht nur Zukunftsperspektiven von Millionen junger Menschen, sie richtet in hohem Maß volkswirtschaftliche Schäden an. Laut einer Studie der Europa-Universität Viadrina kostet die hohe Jugendarbeitslosigkeit die EU-Staaten jährlich rund 75 Milliarden Euro und hat für die Betroffenen zwischen 2009 und 2011 zu

1 Wohlstandsverlusten von fast 227 Milliarden Euro geführt (vgl. *Die Welt*, 23.09.2013). Neben
2 den Verlusten für die europäischen Volkswirtschaften sind die individuellen Folgen für die
3 von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen dramatisch. Ein misslungener Einstieg in das
4 Berufsleben birgt für jede Jugendliche und jeden Jugendlichen die Gefahr der Orientierungs-
5 und Perspektivlosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund ist es geboten,
6 präventiv anzusetzen und den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen. Eine
7 angemessene und qualifizierende schulische, universitäre oder duale Ausbildung ist der
8 beste Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit.

9 Der Europäische Freiwilligendienst ermöglicht jungen Menschen neue Erfahrungen im
10 Ausland zu sammeln und darüber hinaus eine neue Sprache zu lernen. Die Teilnahme an
11 Begleitseminaren und an einem Sprachkurs sowie die Betreuung durch einen TutorIn sind
12 obligatorisch. Die Kosten werden von der Europäischen Kommission getragen und
13 verursachen keine Kosten für die Auf- und Entsendeorganisationen.

14 Die Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie die Geschäftsstelle der
15 SPD-Regionsfraktion Hannover haben derzeit keine europäischen Freiwilligen. Die
16 Eingliederung eines jungen Menschen in die Rats- oder Regionsarbeit würde die kommunale
17 politischen Ebene öffnen und so eine neue Perspektive für die jungen Freiwilligen
18 ermöglichen.

19 Die SPD ist international auf allen Ebenen, dies gilt es überall zu verwirklichen - egal ob
20 kommunal oder international!

21 **E3 - Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen**

22 AntragsstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List

23 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

24 Wir fordern:

25 Allen afghanischen HelferInnen und ihren Angehörigen, die mit den internationalen
26 Streitkräften im Rahmen des internationalen Einsatzes der ISAF oder mit internationalen
27 Hilfsorganisationen in Afghanistan zusammengearbeitet haben, soll Aufnahme in
28 Deutschland gewährt werden, so sie dies wünschen. Ihnen wird finanzielle Unterstützung
29 gewährt und Hilfe beim Abschluss einer Ausbildung bzw. Studiums.

30 Begründung: Einige tausend AfghanInnen haben seit 2001 für die ISAF oder für internationale
31 Hilfsorganisationen gearbeitet. Diese Menschen und ihre Angehörigen sind in letzter Zeit
32 immer wieder Ziele von Anschlägen geworden.

33 Es muss sichergestellt werden, dass die HelferInnen in Zukunft nicht um ihr Leben fürchten
34 müssen - dies muss die Möglichkeit zur bedingungslosen Ausreise umfassen.

1 **Antragsbereich Feminismus**

2 **F1 - Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft**

3 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

4 Weiterleitung an: Juso- Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

5 Die Führungsebenen in der Medizin und in der medizinischen Wissenschaft gehören immer
6 noch zu den Bereichen, in denen erstaunlich wenige Frauen vertreten sind.

7 Obwohl die Medizin immer weiblicher wird, bleibt Frauen der Zugang zu den hohen
8 Hierarchieebenen weitestgehend verwehrt. Wir fordern daher, dass mindestens 40% der
9 Führungspositionen in der Medizin bis 2018 mit Frauen besetzt werden und zwar auf allen
10 Hierarchiestufen.

11

12 Begründung:

13 Der geringe Frauenanteil von unter 10 Prozent in den entscheidungstragenden Stellen in der
14 Medizin und Wissenschaft hat weitreichendere Folgen, als es zuerst erscheinen mag.
15 Flächendeckend entscheiden vor allem Männer, was angehende Ärztinnen und Ärzte lernen,
16 was und woran geforscht wird und auch wie Patienten behandelt werden. Erst wenn Frauen
17 im gleichen Anteil wie Männern Therapiekonzepte gestalten und die Richtung der Medizin
18 mitbestimmen können, kann man den Anforderungen des Gesundheitswesens für weibliche
19 und männliche Patienten gerecht werden.

20 Im Sinne der Gleichstellung ist es außerdem ungefragt erforderlich, dass der Frauenanteil in
21 der Klinik – und Institutsleitung der auf Assistenzarztebene entspricht und dass Frauen bei
22 gleicher Qualifikation im gleichen Tempo aufsteigen können wie Männer und so auch gleiche
23 Verdienstmöglichkeiten haben.

24 **F2- Einheitliche und sichere Finanzierung von Frauenhäusern**

25 AntragstellerInnen: Juso AG Südstadt-Bult

26 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
27 Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

28 Eine sichere Finanzierung der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen auf der Grundlage
29 einer bundesgesetzlichen Regelung, sodass gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder einen
30 Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe zusteht.

31 Dieser Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe gewaltbetroffener Frauen soll den Frauen
32 zudem kostenlos zustehen.

33 Begründung:

1 Laut Bericht des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahre 2012 haben etwa 9000
2 hilfesuchende Frauen in Deutschland bundesweit –aufgrund fehlender Finanzen- keinen
3 Platz in einem Frauenhaus gefunden.

4 Bisher läuft die Finanzierung der Frauenhäuser im Regelfall auf der Basis freiwilliger
5 Leistungen der Länder und der Kommunen. Wer aber konkret für die Finanzierung der
6 Frauenhäuser zuständig ist, ist nicht klar geregelt. Aufgrund dessen schieben sich der Bund,
7 die Länder und die Kommunen die Verantwortung gegenseitig zu. Da es sich um freiwillige
8 Leistungen handelt, werden oft diese freiwilligen Leistungen zuerst eingespart, wenn der
9 Haushalt klamm ist. Die Finanzierung der Frauenhäuser darf allerdings nicht von der
10 Haushaltslage abhängen. Somit wird den Frauenhäusern die Planungssicherheit genommen.
11 Viel gravierender ist jedoch, dass den Frauen die Hilfe und der Schutz folglich verwehrt
12 bleibt. Fast die Hälfte aller Schutzsuchenden in Frauenhäusern sind Kinder, die von
13 häuslicher Gewalt mitbetroffen sind. Und gerade Kinder müssen vor Gewalt geschützt
14 werden. Der Staat ist aufgrund seiner Fürsorge- und Schutzpflicht dafür verantwortlich,
15 jeden Menschen vor allem aber Frauen und deren Kinder, welche von Gewalt betroffen sind,
16 Unterstützung zu gewähren.

17 **F3 - Feminismus beleuchten – bessere Straßenbeleuchtung**

18 AntragsstellerInnen: Juso-AG Barsinghausen

19 Die Jusos Region Hannover mögen beschließen:

20 Die Straßenbeleuchtung in der gesamten Region wird dahingehend weiterentwickelt, dass
21 mehr Straßenlaternen in spärlich beleuchteten Straßen aufgestellt werden, die mit
22 Bewegungsmeldern ausgestattet sind.

23 Begründung:

24 Besonders für Frauen ist es sehr unangenehm Nachts durch Straßen zu gehen, die kaum
25 beleuchtet sind und dadurch schlecht einsehbar sind. Da aber die Lichtverschmutzung und
26 der damit einhergehenden Störung des Biorythmus der besonders für Städte wichtigen
27 Pflanzen eh schon sehr groß ist, sollen Bewegungsmelder an den Laternen angebracht
28 werden, damit sie nicht länger als nötig leuchten.

1 Antragsbereich Gesundheit

2 G1 - Memento mori – Für ein Recht auf humanes Sterben

3
4 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

5 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

6 Die Jusos Region Hannover fordern eine umfassende Reform der gesetzlichen Regelungen
7 zur medizinischen Sterbehilfe bei Schwerstkranken Menschen. Die Reform muss u. a.
8 folgende Punkte berücksichtigen:

- 9 1. die Einführung eines Gesetzes, das aktive Sterbehilfe (gezieltes und aktives
10 Herbeiführen des Todes) durch geschulte Ärzte und unter vorher sorgfältig
11 festgelegten Kriterien erlaubt,
- 12 2. eine strafrechtlich eindeutige Regelung, bei der passive Sterbehilfe (Unterlassen oder
13 Abbrechen lebensverlängernder Maßnahmen) durch Ärzte aus ethischen,
14 medizinischen oder humanitären Gründen nicht unter Strafe gestellt wird,
- 15 3. eine strafrechtliche Regelung, die assistierten Suizid (Beihilfe zur Selbsttötung bspw.
16 durch Bereitstellung tödlicher Medikamente) durch Ärzte grundsätzlich erlaubt und
17 bestehende Ausnahmen von der Straflosigkeit – etwa wegen unterlassener
18 Hilfeleistung – beseitigt.

19 Eine humane Sterbehilfe verlangt nach einer ausreichenden und professionellen
20 palliativmedizinischen Betreuung der Sterbenden. Deshalb fordern wir ferner:

- 21 4. Die palliativmedizinische Ausbildung von ÄrztInnen und PflegerInnen muss stärker
22 gefördert und die Neugründung palliativmedizinischer Betreuungseinrichtungen
23 vermehrt vorangetrieben werden.

24 Begründung:

25 In unserer immer älter werdenden Gesellschaft ist der Tod selten Thema. Er fristet ein
26 Schattendasein, wird verleugnet und ins gedankliche Abseits verdrängt. Dennoch ist der Tod
27 Teil des Lebens und sollte kein gesellschaftliches Tabu darstellen. Der Tod gehört zum Leben
28 und die Würde des Lebens verlangt, dass ein schwerstkranker Mensch selbst bestimmen
29 kann, wann sein Leben enden soll.

30 Obwohl der medizinische Fortschritt in den 200 Jahren vieles zum gesundheitlichen Wohl bis
31 ins hohe Alter und zur Linderung von Beschwerden bei Krankheit beigetragen hat, gibt es
32 schwerstkranke und unheilbar kranke Menschen, die in Würde sterben wollen. Zur Würde
33 des Menschen gehört ein Tod, der in jedem Fall friedlich und schmerzfrei und möglichst auch
34 selbstbestimmt erfolgt. Viele Menschen wollen im Sterben nicht künstlich am Leben erhalten
35 werden. Kranke Menschen wünschen sich, lieber früher als später aus dem Leben zu
36 scheiden und hoffen dabei auf professionelle Unterstützung.

1 ÄrztInnen, die in Deutschland wie in den meisten anderen Ländern dieser Erde unheilbar
2 Kranken dabei helfen, dem Leben selbst(bestimmt) ein Ende zu setzen, machen sich in den
3 allermeisten Fällen strafbar. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn keine schriftliche
4 Verfügung existiert oder eine mündliche Willensbekundung des Menschen nicht mehr
5 möglich ist. Nur in der Schweiz, in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ist die
6 Sterbehilfe in unterschiedlichem Ausmaß und immer in einem engen gesetzlichen Rahmen
7 und unter genau definierten ethischen, humanitären und medizinischen Vorbedingungen
8 legal zugelassen.

9 Eine umfassende Regelung des rechtlichen Rahmens zur medizinischen Sterbehilfe hilft
10 zugleich, denjenigen Menschen, die sich in einer gesetzlichen Grauzone bewegen, weil sie
11 Schwerstkranken beim gewollten Suizid assistieren und dabei zugleich befürchten müssen,
12 sich strafbar zu machen. Nicht zuletzt gibt sie jenen Menschen Hoffnung auf einen
13 würdevollen Tod, die sterben wollen aber keinen Ausweg sehen und zum Sterben in jene
14 Länder reisen, in denen die Hilfe beim Sterben durch andere klar geregelt und legal ist.

15 **G2 - Kommunale Trägerschaft des Klinikum Region Hannover erhalten**

16 AntragsstellerInnen: Juso AG Nordstadt

17 Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die SPD Regionsfraktion Hannover
18 weiterleiten:

19 Die kommunale Trägerschaft des Klinikums Region Hannover auf Dauer zu erhalten, sowie
20 eine qualitativ gute und wohnortnahe Versorgung zu sichern.

21 Die Tarifbindung des öffentlichen Dienstes und Zusatzversorgungskasse für die Beschäftigten
22 zu erhalten.

23 Die strukturellen Defizite bei der Finanzierung der Krankenhäuser durch Land und Bund nicht
24 auf die Beschäftigten abzuwälzen. Also keine Konsolidierung mit Personalabbau zu
25 betreiben, sondern notwendige Investitionen finanziell mitzutragen und defizitäre Bereiche,
26 die aber für die kommunale Gesundheitsversorgung wichtig sind zu Bezuschussen.

27 Begründung:

28 Die duale Finanzierung der Krankenhäuser sorgt gerade in Niedersachsen für erhebliche
29 Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser. So ist damit zu rechnen, dass 70% aller
30 Krankenhäuser Niedersachsens mit einem Minus das Jahr beenden werden und 40% von
31 Insolvenz bedroht sind. Eine Blinddarm OP in Niedersachsen bringt z.B. wesentlich weniger
32 Geld ein als in NRW. Die Personalgehälter und Sachkosten sind aber gleich oder annähernd
33 gleich. Zudem sind die vom Land Niedersachsen bereitgestellten Investitionsmittel nicht
34 ausreichend. Das führt dazu, dass notwendige Investitionen, falls sie nicht vom Träger
35 übernommen werden, durch Personalkostensenkung (Tarifflucht, Personalabbau und

1 Outsourcing) finanziert werden. Qualität in der Versorgung ist so nur sehr schwer oder gar
2 nicht zu halten.

3 Als kommunaler Arbeitgeber dürfen aber nicht nur die Kosten von Bedeutung sein!

4 Die Arbeitnehmer müssen auch ein Gehalt bekommen von dem sie jetzt und im Alter leben
5 können und nicht zu Aufstockern werden. Hierfür ist der Erhalt von Tarifbindung und
6 Verbleib in der Zusatzversorgungskasse (betriebliche Rente) essentiell wichtig.

7 Die Patienten brauchen zudem eine qualitativ hochwertige Versorgung. Das kostet Geld.
8 Wenn die vorhandenen Finanzierungsstrukturen nicht ausreichen ist dies ein Thema dem
9 sich die Kommune annehmen muss. Der pflegerische Bereich arbeitet nachprüfbar im KRH
10 sehr effizient. Personalabbau gefährdet die Qualität und auch die Gesundheit der
11 Beschäftigten vor Ort.

12 Anträge zu einer Veränderung der Finanzierungsstruktur wurden in den Vorjahren gestellt.
13 Dieser Antrag hat den Zweck, den Problemen regional und kurzfristig entgegen zu wirken
14 und einen Zeitraum zu schaffen, um mittel- bis langfristig strukturelle Veränderungen
15 durchzusetzen.

16 **G3 - „Kein Mensch ist illegal – Jeder Mensch hat das Recht auf medizinische Versorgung“**
17 AntragsstellerInnen: Juso-AG Linden-Limmer

18 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die SPD-
19 Stadtratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-Regionsfraktion weiterleiten:

20 Die Jusos Region Hannover fordern die Stadtratsfraktion der Stadt Hannover sowie die SPD-
21 Regionsfraktion dringend auf, „MediNetz Hannover – Medizinische Flüchtlingsberatung
22 e.V.“¹ seitens der Stadt Hannover sowie der Region strukturell zu fördern.

23 Begründung:

24 Das MediNetz Hannover ist ein ehrenamtlicher Verein, der sich insbesondere um die
25 medizinischen Nöte von Menschen ohne geklärten Aufenthaltsstatus kümmert. Der Verein
26 existiert bereits seit 1998 und finanziert sich aus Spenden und einigen wenigen
27 Mitgliedsbeiträgen. Einmal in der Woche bietet der Verein eine Sprechstunde an und
28 vermittelt Betroffene an kooperierende ÄrztInnen, Hebammen usw., von denen sie eine
29 kostenlose Behandlung erhalten. MediNetz Hannover besteht zum Großteil aus
30 ehrenamtlich agierenden MedizinstudentInnen. Neben der wöchentlichen Sprechstunde gibt
31 es außerdem ein Notfalltelefon. In Göttingen erhält MediNetz bereits eine strukturelle
32 finanzielle Förderung, dies soll nun auch in Hannover passieren.

¹ Mehr Informationen findet Ihr unter <http://www.medinetz-hannover.de/> .

1 Jeder Mensch hat ein Anrecht auf körperliche Unversehrtheit und medizinische Versorgung
2 - unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Papieren. Leider besteht für die Betroffenen immer
3 noch eine große Hemmschwelle im Fall von Krankheit oder Schwangerschaft einE ÄrztIn
4 aufzusuchen - aus Angst, Konsequenzen fürchten zu müssen und nicht anonym zu bleiben.
5 MediNetz Hannover leistet einen wichtigen Beitrag zum menschenwürdigen Umgang mit
6 Flüchtlingen und Menschen ohne geklärten Aufenthaltstitel.

7 **Antragsbereich Inneres**

8 **I1 – Resolution: Schöner leben ohne Nazi-Läden!**

9 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

10

11 Im September 2013 eröffnete in Hannover-List, in der Podbilskistraße, der Laden „Tønsberg“,
12 der unter anderem auch Kleidung der neonazistischen Marke Thor Steinar vertreibt. Im
13 Gegensatz zu anderen Sportmarken, die von der rechten Szene vereinnahmt wurden, gab es
14 Kleidung der Marke Thor Steinar anfangs fast ausschließlich bei Nazi-Versandhäusern zu
15 kaufen. Basierend auf germanischer Tradition und völkischer Symbolik, erlangte die Marke in
16 der rechten Szene schnell große Beliebtheit.

17 Die Bekleidung dieser Marke wirkt identitätsstiftend und dient als Erkennungszeichen unter
18 Mitgliedern des rechten Spektrums. Über den Vertrieb von rechter Kleidung hinaus, dient der
19 Laden „Tønsberg“ als Treffpunkt für Menschen, die in der rechten Szene aktiv sind. So konnte
20 beobachtet werden, dass sich einige Besucherinnen und Besucher des Ladens oftmals
21 stundenlang dort aufhielten. Dies deutet darauf hin, dass Nationalsozialistinnen und
22 Nationalsozialisten diesen Laden als Anlaufpunkt nutzen, um ein Netzwerk rechter
23 Ideologien zu spannen. Der Laden lockt mittlerweile Neonazis aus ganz Norddeutschland an.

24

25 Dies ist für die Jusos Region Hannover nicht hinnehmbar!

26 In unserer toleranten und weltoffenen Region ist kein Platz für rechtes Gedankengut, wir
27 werden es nicht dulden, dass sich in der Region Hannover ein Treffpunkt für aktive
28 Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten entwickelt.

29 Daher setzen wir uns geschlossen gegen den Laden „Tønsberg“ ein und unterstützen alle
30 friedlichen Aktionen, die sich gegen diesen richten, damit der Laden schnellst möglich
31 geschlossen wird und die Region Hannover nicht langfristig zu einem Nazi-Treffpunkt wird!

32

33 Daher gilt es für die Jusos Region Hannover, alle Kraft daran zu setzen, dass dieser Laden
34 verschwindet!

1 **I2 - Dann lieber nackt! –Verbot von Kleidung der Marke „Thor Steinar“ in Stadien!**

2 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

3 Weiterleitung an: SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion

4 Wir fordern die Landtags- und die Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, das
5 Tragen von Kleidung, die Schriftzüge oder Symbole rassistischer, fremdenfeindlicher,
6 gewaltverherrlichender, diskriminierender, sowie rechtsradikaler Tendenz zeigen, bei
7 Fußballspielen durch die Stadionordnungen aller deutschen Profifußballvereine verboten
8 wird.

9 Dabei soll die Bundestagsfraktion die Deutsche Fußball Liga (DFL) dazu auffordern, explizit
10 das Tragen von Bekleidung der Marke „Thor Steinar“ durch die Stadionordnungen aller
11 deutschen Profifußballvereine zu verbieten.

12 Begründung:

13 In einigen Stadien deutscher Bundesligisten ist das Tragen von Kleidung der Marke „Thor
14 Steinar“ bereits verboten (z.B. Werder Bremen, Hertha BSC Berlin, Dynamo Dresden etc.),
15 um ein deutlichen Zeichen gegen rechte Ideologien zu setzen und sich von diesen zu
16 distanzieren.

17 Des Weiteren ist ein Fußballspiel kein Ort, an dem Platz für rechte Ideologien ist! Es muss
18 unterbunden werden, dass in Stadien durch das Tragen entsprechender Kleidung rechte
19 Meinungen propagiert werden oder junge Stadionbesucherinnen und –besucher offen von
20 der rechten Szene angeworben werden können.

I3 - Resolution: Solidarisierung mit Hamburger BürgerInnen

21 AntragsstellerInnen: Juso-AG Mitte-Oststadt-Zoo

22 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an höhere Gremien weiterleiten:

23 Die Ereignisse in Hamburg rund um die vorübergehende Einrichtung eines
24 „Gefahrengebietes“, in welchem BürgerInnenrechte eingeschränkt wurden und der Umgang
25 mit DemonstrantInnen durch PolizeibeamtInnen ist schockierend und nicht im Sinne unserer
26 Werte.

27 Wir stellen daher fest:

28 - Die Jusos bekennen sich zur freien Meinungsäußerung und zum freien
29 Versammlungsrecht!

30 - Wir solidarisieren uns mit den BürgerInnen Hamburgs, die unter den Repressalien gelitten
31 haben und leiden.

32 - Außerdem sprechen wir uns für den Erhalt der „Roten Flora“ als autonomes und damit

1 unabhängiges Zentrum aus.

2

3 Begründung:

4 Bei Gegebenheiten wie diesen müssen wir uns als linke, solidarische und sozialistische
5 Organisation für Menschenrechte und gegen Polizeiwilkkür aussprechen!

6 **I4 - Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Niedersächsische Polizei jetzt**
7 **gehen muss**

8 AntragsstellerInnen: Juso-AG Vahrenwald-List

9 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

10 Die Mordserie der NSU wurde vor zweieinhalb Jahren aufgedeckt. Leider mussten wir
11 feststellen, dass die Polizei in Deutschland nicht in der Lage war diese Morde aufzudecken
12 und Ermordungen zu verhindern. Das Verhalten der Polizei im Falle der NSU-Morde und
13 anderer rechter Übergriffe und Terrorakte war und ist auch durch eine unerträgliche
14 Mischung aus Verharmlosung, Ignoranz und rassistischer Vorannahmen gekennzeichnet. Das
15 Vertrauen vieler Menschen in die Polizei wurde dadurch nachhaltig zerstört. Die Einsicht in
16 das Fehlverhalten, ein grundlegendes Umdenken und konkrete strukturelle Konsequenzen
17 für die Polizeiarbeit sind heute dringend notwendig. Deshalb sind strukturelle
18 Veränderungen an der Arbeit der Polizei erforderlich.

19 1. Einstellungsforschung

20 Bei den polizeilichen Ermittlungen zu den NSU-Morden wurde Rassistische Motivationen
21 systematisch unterbewertet oder vorschnell ausgeschlossen. Stattdessen wurden primär
22 Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen im Ausland verdächtigt. Diese
23 stereotype und von Vorurteilen geprägte Vorgehensweise deutet auf ein
24 Haltungsproblem in der Polizei hin. Vor dem Hintergrund, dass heute mindestens 8,2
25 Prozent der deutschen Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen,
26 sind auch für die Polizei valide Daten erforderlich, wo unzureichende Sensibilität im
27 Hinblick auf Rassismus besteht.

28 2. Aus-und Weiterbildung

29 Die Polizei muss dem Umstand begegnen, dass auch sie nicht abgekoppelt von
30 gesellschaftlichen Einstellungen ist und deshalb auch bei ihren MitarbeiterInnen rassistische
31 Ressentiments vorhanden sind. Dieses darf nicht als Tabuthema behandelt werden. In Aus-

1 und Weiterbildung können stereotype und rassistische Vorurteile hinterfragt und die
2 Sensibilisierung gegenüber Betroffenen erhöht werden. Der Europäische Kodex der
3 Polizeietik hält fest: „In der polizeilichen Ausbildung wird umfassend berücksichtigt, dass
4 eine Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
5 notwendig ist.“ Die Auseinandersetzung mit Diskriminierung sowie mit aktuellen Codes der
6 rechtsradikalen Szene muss mit Nachdruck und verbindlich in das Curriculum des
7 Polizeidienstes aufgenommen und in beruflichen Weiterbildungen nachhaltig weiterverfolgt
8 werden.

9 3. Interkulturelle Öffnung der Polizei

10 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Neueinstellungen konnte in
11 Niedersachsen auf 18 Prozent im Jahr 2013 erhöht werden. Der Anteil Auszubildender mit
12 Migrationshintergrund im gehobenen Dienst der Schutzpolizei ist allerdings weiterhin sehr
13 gering. Gerade diese Abteilung ist auf der Straße oftmals in direktem Kontakt mit den von
14 rechtsextremem und rassistischer Gewalt Betroffenen, deshalb ist es gerade hier notwendig,
15 diese Quote zu erhöhen. In Niedersachsen muss die Vielfalt der Gesellschaft auch in den
16 Behörden der Strafverfolgung repräsentiert werden.

17 4. Unabhängige Untersuchungs- und Beschwerdekommision

18 Rassistisches Verhalten von PolizistInnen muss zukünftig systematisch aufgearbeitet und
19 verhindert werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Rassismus als möglicher

20 Tathintergrund bei den polizeilichen Ermittlungen konsequent in Betracht gezogen wird.
21 Dazu sind eindeutige Anweisungen für Polizeibeamte notwendig. Zudem bedarf es der
22 Einrichtung einer unabhängigen und kontinuierlich arbeitenden Kommission, die als
23 Untersuchungs- sowie als Beschwerdestelle fungiert. Diese Kommission kontrolliert und
24 untersucht die Arbeit der Polizei und wird sowohl auf Anlass als auch aus eigenem Ermessen
25 tätig. Sie muss ihre Ergebnisse in den politischen Raum kommunizieren. Erfahrungen
26 insbesondere aus Großbritannien zeigen, dass diese Arbeit nur dann effektiv ist, wenn sie
27 unabhängig –d.h. ohne institutionelle und hierarchische Verbindung zur Polizei –
28 durchgeführt wird.

30 **15 - Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!**

31 AntragsstellerInnen: Jusos Hannover-Südost

32 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

34 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Juso-
35 Landeskonferenz weiterleiten:

37 Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und die niedersächsischen SPD-
38 Bundestagsabgeordneten auf, ...

- 1
- 2 1. Sich für die Wiederaufnahme der systematischen Suche nach Blindgängern aus dem
- 3 Zweiten Weltkrieg einzusetzen;
- 4 2. Sich für eine Beteiligung der Bundesregierung an den Kosten für die Suche, Beseitigung
- 5 und Entschärfung von vor 1945 produzierten Kampfmitteln einzusetzen;
- 6 3. Sich für eine schnellere und effektivere Beseitigung der noch vorhandenen Blindgänger
- 7 einzusetzen. Ein Zeitrahmen von noch geschätzt 20 Jahren stellt keine akzeptable
- 8 Gefahrenabwehr dar.
- 9 4. Diese Form der Gefahrenabwehr darf in Zukunft keine freiwillige und rein kommunale
- 10 Aufgabe sein.

11 Begründung:

12 Auch mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehen von Blindgängern weiterhin
13 erhebliche Gefahren aus. Jährlich werden in Deutschland ca. 5.500 Blindgänger entschärft.
14 Schätzungen gehen allerdings davon aus dass es in Deutschland noch ca. 100.000
15 unentdeckte Blindgänger gibt, bei insgesamt wohl 200.000. Nach momentan gültigem Recht
16 sind die Bundesländer für herrenlose vor 1945 nicht in Deutschland produzierte Kampfmittel
17 allein zuständig. Der Bund trägt die Verantwortung für Kampfmittel der Wehrmacht und
18 beteiligt sich ansonsten nicht an den Kosten für die Suche und Beseitigung der anderen
19 Blindgänger. Erschwerend hinzu kommt in Niedersachsen die unter Schwarz-Gelb 2012
20 beschlossene Einstellung der systematischen Suche nach Blindgängern. Dadurch müssen die,
21 für die Suche notwendigen, Kosten durch die Kommunen übernommen werden. Dies führte
22 in weiten Teilen zum Ende der Suche nach Blindgängern, allerdings darf die Beseitigung der
23 Gefahren durch Blindgänger nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig sein und
24 muss Aufgabe der Allgemeinheit werden.

25 **I6 - Gegen Radiknationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen**

26 AntragsstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List

27 Wir fordern, die Mitgliedschaft bei den Grauen Wölfen mit einer Mitgliedschaft der SPD für
28 unvereinbar zu erklären.

29 Begründung:

30 Die Grauen Wölfe sind eine rechtsradikale türkische Organisation, die für viele
31 Gewaltaktionen und Morde in der Türkei verantwortlich ist. Ihr Ziel ist es, ein
32 großosmanisches Reich vom Balkan bis China zu errichten und die anderen Ethnien und
33 Nationen zu unterdrücken. Zu diesen Feindbildern gehören unter anderem Juden, Christen,

1 Kurden, Griechen, Armenier, Freimaurer, der Vatikan und die Vereinigten Staaten. Es waren
2 paramilitärische Trupps der Grauen Wölfe, die nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei
3 linke AktivistInnen und PolitikerInnen folterten und töteten.

4 Die Organisation ist nicht nur in der Türkei aktiv, sondern auch in Europa, insbesondere in
5 Deutschland. Dabei geben sie sich als DemokratInnen aus, um in deutschen Parteien Einfluss
6 zu gewinnen. So nutzen sie das Interesse der Parteien, Mitgliedern mit
7 Migrationshintergrund für sich zu gewinnen, aus, treten massenhaft ein und beanspruchen
8 Verantwortung innerhalb der Organisation. Dies trifft auch auf die SPD zu.

9 Die SPD sollte aber als linksemanzipatorische Partei den Anspruch haben
10 Radikalnationalismus abzulehnen und keinen Freiraum einzuräumen. Bereits jetzt gibt es
11 Unvereinbarkeitregelungen mit deutschen rechtsradikalen Parteien und Organisationen.

12 **I7 - Alternative für Deutschland verbieten!**

13 AntragsstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

14 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

15 Wir fordern ein Verbot der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland“!

16 Begründung:

17 Aktuelle Sonntagsfragen zeigen, dass die Chancen der Alternative für Deutschland, in den
18 Deutschen Bundestag einzuziehen, immer größer und stabiler werden.

19 Doch wie gefährlich ist die Partei rechts der Mitte wirklich?

20 Die Führungsebene der AfD fällt zunehmend durch Bekennung zu reaktionären und stark
21 konservativen Meinungen auf. Einige Funktionsträgerinnen und Funktionsträger
22 veröffentlichen Blog-Einträge auf der Seite „Freie Welt.net“, in der viele homophobe oder
23 rassistische Beiträge zu finden sind.

24 Roland Vaubel, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der AfD, fordert in einem Blogbeitrag
25 auf eben dieser Seite, die Eliten durch ein Zwei-Klassen-Wahlrecht vor der Tyrannei der
26 Mehrheit zu schützen.² Eine solche Meinung entspricht nicht einer solidarischen, freien und
27 gleichen Gesellschaft!

28 Konrad Adam, Sprecher der AfD, saß sogar im Redaktionsbeirat der „Freien Welt“.

29 Hermann Behrend, Mitglied des AfD-Landesvorstandes in NRW, schreibt in seinem Buch
30 ‚Mandative Demokratie‘: „Die parlamentarische Demokratie hat sich selbst demontiert. Sie
31 ist überflüssig geworden“. Außerdem heißt es „Wir haben ganz überwiegend die Unterschicht

² <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17>

1 *aus den Herkunftsländern einwandern lassen. [...] Selbstverständlich zieht diese dann den*
2 *Intelligenz-Durchschnitt in der aufnehmenden Bevölkerung nach unten.“* Des Weiteren
3 spricht sich Behrend in seinem Buch gegen den Kündigungsschutz, gegen das Streikrecht und
4 für eine Rente mit 70 und gegen das Mitbestimmungsrecht von ArbeitnehmerInnen aus.

5 Eine solche Forderung nach der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie verstößt
6 ganz klar gegen das Grundgesetz.

7 Gründungsmitglied und Bundestagskandidatin der AfD Beatrix von Storch ist Vorsitzende des
8 Vereins „Zivile Koalition“, der ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern ist, die
9 über Initiativen und Kampagnen rechtspopulistische Auffassungen und erzkonservative
10 Wertevorstellungen propagiert, außerdem schreibt auch sie in der „freien Welt“ homophobe
11 und emanzipationsgegnersche Beiträge.

12 Darüber hinaus gibt es Verbindungen der AfD zu ehemaligen Mitgliedern der Partei „Die
13 Freiheit“, die vom bayrischen Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft wurde
14 und sich daraufhin auflöste. Viele führende Mitglieder der islamfeindlichen Partei wechselten
15 zur AfD und bekleiden dort Ämter. So hat zum Beispiel der ehemalige Landesvorsitzende der
16 Freiheit, Jens Eckleben, die Hamburger AfD gegründet.

17 Die AfD Sachsen bedankte sich öffentlich bei Freiheits-Mitgliedern für die Unterstützung im
18 Wahlkampf.

19 All diese rechtspopulistischen, verfassungsfeindlichen, rassistischen und homophoben
20 Ansichten entsprechen nicht unserem Verständnis einer demokratischen Partei! Daher
21 sprechen wir uns für ein Verbot der Alternative für Deutschland aus!

22 **Antragsbereich Soziales, Arbeit, Wirtschaft**

23 **S1 - Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten**

24 AntragsstellerIn: Juso-AG Vahrenwald-List

25 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz und höhere Gremien der SPD

26
27 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirks- und Landeskonferenz der
28 Jusos und höhere Gremien der SPD weiterleiten:

29 Die Jusos Region Hannover fordern eine Ausweitung der Plätze, die Deutschland für das
30 UNHCR Resettlement-Programm zur Verfügung stellt. Es sollten jährlich 5 000
31 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt werden.

1 Begründung:

2 Das Resettlement-Programm des UNHCR bietet Flüchtlingen die Möglichkeit sich in einem
3 Drittland ein neues Leben aufzubauen. Dafür müssen sie aus ihrem Heimatland in ein
4 Nachbarland geflohen sein, dass nicht in der Lage ist sie dauerhaft aufzunehmen. Zwar bietet
5 das Programm damit nur bestimmten Flüchtlingen Schutz, ist allerdings neben dem
6 Asylrecht ein weiteres sinnvolles Instrument um Flüchtlingen aus ihrer unverschuldeten Lage
7 einen Ausweg zu bieten.

8 Die Innenministerkonferenz hat beschlossen insgesamt 10 000 Plätze für syrische Flüchtlinge
9 bereit zu stellen. Ab 2015 sollen jährlich 300 Flüchtlinge aufgenommen werden. Das reicht
10 bei weitem nicht aus. Laut UNHCR werden in den nächsten 5 Jahren 800 000 Menschen
11 Plätze benötigen. Zur Verfügung stehen jedoch nur 80 000. Die Meisten werden von den
12 USA, Kanada und Australien aufgenommen. Um den Menschen, die vor Krieg und schweren
13 Menschenrechtsverletzungen fliehen, eine Chance auf ein neues Leben zu bieten, sollte sich
14 die Bundesrepublik zu einer größeren Aufnahme bereit erklären.

15 **S2 - Ausbildungsververtretungen stärken**

16 AntragsstellerInnen: Juso-AG Nordstadt

17 Die Juso Unterbezirkskonferenz Region Hannover möge beschließen und an die
18 Bezirkskonferenz der Jusos Hannover weiterleiten:

19 Die Rechte und Befugnisse von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Bereich
20 des Betriebsverfassungsgesetz zu stärken.

21 Hierzu fordert die Juso AG Nordstadt:

- 22 1. Das Wahlrecht, Wählbarkeit und die Zuständigkeit der Jugend- und
23 Auszubildendenvertretung auf alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter,
24 auszuweiten.
- 25 2. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen eigenständige Beschlüsse, die
26 nicht vom Betriebsrat bestätigt werden müssen, fällen können, damit sie als
27 unabhängiges Gremium handeln können.
- 28 3. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen bei Angelegenheiten, die
29 überwiegend Auszubildende betreffen, eine eigenständige Mitbestimmung haben.
30 Die zusätzlich zu dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates besteht.
- 31 4. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen das Recht und die Pflicht haben,
32 bei Bewerbungsgesprächen anwesend zu sein und über die geltenden Gesetze zu
33 wachen.

- 1 5. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen bei Angelegenheiten, die
2 Azubis betreffen direkt vom Arbeitgeber informiert werden. Zusätzlich soll die JAV
3 mindestens einmal pro Quartal zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem
4 Arbeitgeber zusammentreten. Hierzu kann die JAV eine/n VertreterIn des BR
5 einladen.
- 6 6. Jugend- und Auszubildendenvertretungen dürfen eigenständig, zu einem
7 selbstgewählten Zeitpunkt zu einer Jugend- und Auszubildendenversammlung (JA
8 Versammlung) einladen. Zu dieser dürfen alle Auszubildenden kommen. Die JAV
9 muss mindestens einmal pro Halbjahr eine JA-Versammlung durchführen.
- 10 7. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen ein einfaches Stimmrecht bei
11 Themen die Auszubildende betreffen, in BR Sitzungen haben.
- 12 8. Von ihrer beruflichen Tätigkeit sind mindestens freizustellen: Ab Gremien mit 5
13 Mitgliedern 0,5 Stellen und für jeweils zwei weitere Mitglieder, 0,5 Stellen mehr. Die
14 Freistellung kann von ausgelernten Mitgliedern der JAV wahrgenommen werden.

15 Begründung:

16 Derzeit brauchen JAVn im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes Genehmigungen des
17 Betriebsrats. Selbstständig können sie kaum handeln. Die Arbeit kann sich so stark
18 verzögern. Jeder Beschluss benötigt einen weiteren Beschluss vom Betriebsrat. Somit ist
19 man auch von der Sitzungsplanung des Betriebsrates stark abhängig. In Bereichen, in denen
20 überwiegend Auszubildende betroffen sind haben JAVn zwar ein Stimmrecht, allerdings ist
21 die Stimmanzahl strukturell bedingt immer unter 50%.

22 Die Zuständigkeit und die Wählbarkeit sollten erweitert werden, da z.B. momentan ein/e
23 Auszubildende/r über 25 Jahren, im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes, kein Anrecht
24 hat, an Jugend- und Auszubildendenversammlungen teilzunehmen. Formal ist auch
25 ausschließlich der Betriebsrat für ihn zuständig. Das schafft Auszubildende zweiter Klasse.
26 Durch die aktuelle Wählbarkeit kann sich ein Auszubildender über 25 Jahren auch wesentlich
27 schwieriger für seine Interessen und Belange einsetzen.

28 Der Betriebsrat und die JAV sind zwei Gremien, die durch Sitzungen, Zuständigkeiten,
29 Themen und Interessen stark miteinander verbunden sind. Die Stärkung der
30 Eigenständigkeit, der JAV begünstigt allerdings eine Kommunikation auf Augenhöhe und
31 ermöglicht eine direktere Interessenvertretung für Azubis.

32 Die Einführung eines eigenständigen Mitbestimmungsrechts, Quartalsgespräche mit dem
33 Arbeitgeber und der direkten Beschlussfähigkeit unterstützen das.

34 Das einfache Stimmrecht der JAV bei Themen die auch Auszubildende betreffen, bindet die
35 JAV stärker in Themen des gesamten Betriebes ein. Zudem wird der Dialog mit dem
36 Betriebsrat gefördert.

1 Eine Freistellung von JAV Mitgliedern erfolgt momentan nur bedarfsmäßig. Eine pauschale
2 Freistellung ist gesetzlich nicht berücksichtigt, aber auch nicht verboten.

3 **S3 - Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung**

4 AntragsstellerIn: Juso AG Südstadt-Bult

5 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

6

7 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
8 Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

9 Auszubildende und Lehrlinge leisten in den Betrieben wertvolle Arbeit für das
10 Ausbildungsunternehmen. Gerade in fortgeschrittenen Lehrjahren arbeiten viele zum Teil
11 gleichwertig mit den Fachkräften. Ihre Arbeit ist somit auch ein Beitrag zur Stärke der
12 deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Mittelstands.

13 In Anerkennung dessen fordern die Jusos Südstadt-Bult:

- 14 1. Die sog. Geringverdiener-Grenze für Arbeitnehmer soll von derzeit 325 Euro auf
15 mindestens 400 Euro angehoben werden. Auszubildende mit einer
16 Ausbildungsvergütung unterhalb dieser Geringverdiener-Grenze zahlen keinen
17 Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung. Die Beiträge zu allen Zweigen der
18 Sozialversicherung werden ausschließlich vom Arbeitgeber getragen. Das würde
19 Auszubildende mit einer geringen Ausbildungsvergütung besonders entlasten.
- 20 2. Die „Gleitzone-Regelung“ soll auf Ausbildungsverhältnisse mit einer Vergütung
21 oberhalb der Geringverdiener-Grenze übertragen werden. In dieser Gleitzone, von
22 der Geringverdiener-Grenze (siehe 1., min. 400 Euro) bis zu einem Betrag von 850
23 Euro, zahlt der Arbeitgeber seinen vollen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung,
24 der/die Auszubildende hingegen nur einen reduzierten Arbeitnehmeranteil. Mit
25 steigender Höhe der Ausbildungsvergütung steigt dementsprechend auch der
26 Sozialversicherungsbeitrag, bis ab 850 Euro der volle Arbeitnehmeranteil erreicht
27 wird.

28 Durch die genannten Maßnahmen sollen Auszubildende hinsichtlich ihrer
29 Sozialversicherungsbeiträge eine Entlastung erfahren, trotzdem sind sie in beiden Fällen
30 durch die Sozialversicherung vollumfänglich abgesichert. Die geforderten Regelungen sollen
31 auch für ArbeitnehmerInnen Anwendung finden, die ein Praktikum, ein duales Studium oder
32 ein freiwilliges ökologisches/soziales Jahr (ebenso: Bundesfreiwilligendienst) absolvieren
33 bzw. als Doktoranden beschäftigt sind.

34 Begründung

35 Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag zwar die Geltung des
36 Mindestlohns für die genannten betrieblichen Aus- und Weiterbildungsformen nicht

1 ausgeschlossen. Dennoch wird dies gegen den Willen der CDU/CSU wohl nicht
2 durchzusetzen sein. Die hier gestellten Forderungen sind hingegen ein pragmatischer und
3 umsetzbarer Weg, um junge Menschen in Ausbildungs-verhältnissen bei den
4 Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten.

5 Zu 1.) Die Geringverdiener-Grenze in der Berufsausbildung von 325 Euro wurde bereits im
6 Jahre 2003 für einige Monate auf 400 Euro angehoben. Mit Blick auf niedrige tarifliche
7 Ausbildungsvergütungen in den Neuen Bundesländern (zum großen Teil zw. 325 und 400
8 Euro) wurde die Erhöhung zurückgenommen, gerade um die Ausbildungsbereitschaft im
9 Handwerk nicht zu gefährden. Nach weit über 10 Jahren ohne Anhebung dieser Grenze,
10 besteht nun Handlungsbedarf. Schließlich hat sich die Wirtschaft seit dem entwickelt, Löhne
11 und Gehälter sind gewachsen und die Rezession in der nahen Vergangenheit scheint
12 überwunden. Mehr als ein Jahrzehnt mit dementsprechender Geldentwertung – das
13 bedeutet, dass auch unter dem Aspekt des Inflationsausgleiches eine Anhebung auf 400 Euro
14 notwendig ist.

15 Zu 2.) Die Beschäftigung in der Gleitzone wird schon seit Längerem praktiziert, es spricht aus
16 praktischer Sicht nichts gegen eine Übertragung auf die Berufsausbildung. Durch die
17 Gleitzone wird vermieden, dass der/die ArbeitnehmerIn mit Überschreiten der
18 Geringverdiener-Grenze von 0 % sofort auf den normalen Arbeitnehmeranteil zur
19 Sozialversicherung (über 20% vom Bruttolohn) springt. Stattdessen erhöht sich sein Anteil
20 progressiv mit der Höhe der Ausbildungsvergütung und erreicht erst ab 850 Euro den vollen
21 Anteil. Bei einer Ausbildungsvergütung i.H.v. 450 Euro würde so etwa eine Entlastung von
22 knapp 43 Euro wirksam werden, mit steigender Vergütung verringert sich dieser Betrag.

23 Eine Geltung für PraktikantInnen und duale StudentInnen usw. ist eine angebrachte
24 Konsequenz, um der Vielfalt und Vielgestaltigkeit von Ausbildungswegen in Deutschland
25 gerecht zu werden. Neben dem Kampf gegen Studiengebühren müssen SPD und Jusos
26 immer auch andere Ausbildungsformen und –Wege im Blick behalten und für eine
27 Entlastung der sich bildenden jungen Menschen kämpfen.

28 Zur Gegenfinanzierung der Mindereinnahmen aus der Einführung einer Gleitzone im
29 Ausbildungsbereich werden die von der SPD geforderten Reformen der Sozialversicherung
30 nötig sein. Eine wirklich „Bürgerversicherung“ im Gesundheitsbereich gepaart mit der Juso-
31 Forderung nach einer Beitragsbemessung nach allen Einkünften (somit auch Kapitalerträge,
32 Mieteinnahmen, etc.) sind dabei Grundvoraussetzungen. Die daraus erwarteten
33 Mehreinnahmen könnten und sollten zur Entlastung der Auszubildenden eingesetzt werden.

S4 - Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich jetzt!

AntragsstellerIn: Juso AG Nord-West

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landesverband, Bundes-SPD

Die Jusos Region Hannover mögen beschließen und an den Juso-Bezirk, den -Landesverband, den -Bundeverband und an die Bundes-SPD weiterleiten:

Wir fordern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

Begründung:

Die zu verrichtende Arbeit verteilt sich auf mehr Schultern. Somit wird verhindert, dass sich Menschen „totarbeiten“ und andere dagegen keine Arbeit haben. Dadurch dass mehr Menschen arbeiten, werden außerdem die Staatskassen entlastet, da mehr Steuern eingezahlt werden. Von diesen Geldern können wiederum mehr soziale und daseinsfürsorgliche Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden.

10 Stunden mehr Freizeitausgleich in der Woche können schon Erhebliches bewirken in Bezug auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Beschäftigten. Geringere Arbeitszeit bedeutet mehr Zeit für die Familie und Freunde, für körperliche und geistige Erholung, für die persönlichen Hobbies, ebenso Zeit für soziales Engagement in Vereinen, Verbänden oder Parteien und Zeit für außerberufliche Weiterbildungen.

Beruflicher Stress und Zeitmangel führen häufig zu psychischen und physischen Krankheiten. Dies ist mittlerweile ein ständiger Begleiter vieler Beschäftigten geworden, was immense Gesundheitskosten und Fehlzeiten verursacht. Durch eine Arbeitszeitverkürzung kann dieses Problem reduziert oder behoben werden.

S5 - Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!

Antragssteller: Jusos Hannover-Südost

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen weiterleiten:

Die Jusos Region Hannover fordern die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, ...

sich für eine bundesweite Änderung im Gewerberecht einzusetzen und daraufhin zu wirken, dass bei sanktionierbarem Handeln von Subunternehmen auch die beauftragenden

1 Generalunternehmen zur Rechenschaft gezogen werden. Generalunternehmen müssen in
2 Zukunft für alle bei und/oder durch sie Beschäftigten dieselben Standards gewährleisten und
3 dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Begründung:

4 Gerade im Bauwesen, aber nicht nur dort, kommt es regelmäßig vor das Teilaufgaben von
5 Generalunternehmen an Subunternehmen weitergegeben werden. Subunternehmen bieten
6 allerdings deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen und sind anfälliger für Schwarzarbeit
7 oder schlechte Unterbringungsbedingungen ihrer abhängig Beschäftigten. Wenn die
8 Gewerbeaufsicht oder der Zoll solche Zustände feststellt wird der Subunternehmer zur
9 Rechenschaft gezogen und wird sanktioniert, der Generalunternehmer ist davon bislang
10 nicht betroffen und kann den durch den Missbrauch entstandenen Wettbewerbsvorteil für
11 sich nutzen und verhindert damit einen faireren Wettbewerb.

12 **S6 - Den Wert von Arbeit sichern – Begrenzung von geringfügigen**
13 **Beschäftigungsverhältnissen**

14 AntragstellerIn: Juso AG Südstadt-Bult

15 Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

16 Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
17 Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

18 Wir fordern eine Begrenzung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf 40 % der
19 insgesamt Beschäftigten bei Betrieben ab einer Größe von 3 MitarbeiterInnen.

20 Begründung:

21 Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verdrängen „Minijobs“
22 insbesondere in der Dienstleistungsbranche die regulären Beschäftigungsverhältnisse.
23 Betroffen sind insbesondere Betriebe mit einer Zahl von unter 10 Mitarbeitern, bei großen
24 Betrieben ist der Anteil wesentlich geringer. Aufgrund dieses offensichtlichen Missbrauchs
25 ist eine Begrenzung dieser Beschäftigungsform unausweichlich, mit dem Zweck, reguläre
26 Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. „Minijobs“ sind auf derzeit 450 € mtl. begrenzt, in
27 der Regel ist der Lohn von Steuern und Beiträgen befreit (Ausnahme Verzicht auf
28 Versicherungsfreiheit), der Sozialversicherungsschutz erhält dadurch Lücken bzw. entfällt
29 vollends. Dadurch wird soziale Ungleichheit geschaffen, was zu bekämpfen ist. Da wir aber
30 nicht die „kleinen“ Selbstständigen belasten wollen, die saisonal bzw. zur gelegentlichen
31 Unterstützung auf diese Beschäftigungsform zurückgreifen, gilt die Obergrenze erst ab einer
32 Betriebsgröße von 3 MitarbeiterInnen.

1 **S7- Autismusbegleithunde**

2 AntragsstellerIn: Juso AG Nord-West

3 Weiterleitung an: Juso-Bundesverband, SPD-Bundestagsfraktion

4 Die Jusos Region Hannover mögen beschließen und an den Juso-Bundesverband und die
5 SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

6 1. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu
7 schaffen, dass Autismusbegleithunden als Hilfsmittel gemäß §33 SGB V anerkannt werden.
8 Zugleich müssen wissenschaftliche Untersuchungen zur Wirkung von Tieren auf den
9 Gesundheitszustand von AutistInnen ausgeweitet werden

10 2. Auf die (nicht-medikamentöse) Tier-Therapie von AutistInnen muss zurückgegriffen
11 werden, wenn der/ die PatientIn dies ausdrücklich wünscht.

12 3. Gleiches wie unter 1.-2. beschrieben soll für Rollstuhl-Begleithunde, Diabetiker-
13 Warnhunde, Epilepsiehunde und andere Assistenzhunde gelten.

14 Begründung:

15 Auch wenn noch keine wissenschaftlich fundierten Kenntnisse darüber vorliegen, berichten
16 AutistInnen häufig, dass ihre Begleithunde einen positiven Effekt auf ihr Wohlbefinden und
17 den reibungslosen Alltagsablauf haben.

18 Ina Wilhelm aus Freiburg beispielsweise ist Asperger-Autistin und berichtet in ihrer Online-
19 Petition (die erfolgreich war), dass sie dank ihres speziell geschulten Autismusbegleithundes
20 Abayomi sogar weniger Medikamente zu sich nehmen muss, da schon die Anwesenheit des
21 Hundes beruhigend auf sie wirkt. Der Hund hat vor allem die Fähigkeit, einzugreifen, wenn
22 Ina in Stress gerät und ihr Cortisolwert steigt. Die Hündin kann das riechen und wirkt durch
23 "Pfote auflegen" dem Stress entgegen und beschützt Ina dadurch. Abayomi ist jedoch bereits
24 alt und kann nur noch wenige Jahre "ihren Dienst erfüllen".

25 Die Ausbildung von Autismusbegleithunden ist teuer (ca. 25.000 €) und keine Krankenkasse
26 bezahlt den PatientInnen den Hund. "Die Voraussetzungen zur Gewährung einer Leistung
27 liegen vor, wenn eine Leistung dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen
28 Erkenntnisse entspricht, notwendig und wirksam ist und zugleich wirtschaftlich erbracht
29 werden kann."* Da der wissenschaftliche Beweis dafür noch nicht vorliegt, fallen
30 Autismusbegleithunde nicht in den Leistungskatalog der Krankenkassen (im Gegensatz zu
31 Blindenhunden).

32 Für uns Jusos sollte jedoch nicht der finanzielle Aspekt im Vordergrund stehen, sondern die
33 Tatsache, dass es den Menschen besser geht und dass sie ohne Einschränkungen am
34 öffentlichen Leben teilhaben können, ohne sich in Finanznöte zu begeben.

1 Der Einzelfall "Ina Wilhelm" ist mittlerweile gelöst, da der Verein "Beschützerinstinkte e.V."
2 die Kosten für die Ausbildung übernimmt, jedoch sind in Deutschland viele weitere
3 Menschen in der gleichen Lage, denen wir durchaus helfen können. So zum Beispiel auch
4 PatientInnen, die Rollstuhl-Begleithunde, Diabetiker-Warnhunde, Epilepsiehunde und
5 andere Anzeigehunde in Anspruch nehmen (müssen).

6 *§33 SGB V

7 **S8 - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen - VW Flugzeugflotte in Deutschland** 8 **registrieren!**

9 AntragsstellerInnen: Jusos Hannover-Südost

10 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
13 Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen weiterleiten:

14

15 Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD MitgliederInnen
16 der niedersächsischen Landesregierung auf, ...

17

18 sich dafür einzusetzen, dass die momentan aus acht Flugzeugen bestehende auf den Cayman
19 Islands registrierte und auf dem Braunschweiger Flughafen beheimatete Flugzeugflotte in
20 Deutschland registriert wird und nach Deutschem Recht und den hier gültigen Vorschriften
21 betrieben wird.

Begründung:

22 Der VW Konzern betreibt mit Stand November 2013 eine aus acht Flugzeugen bestehende
23 eigene Flotte. Diese ist auf den Cayman Islands registriert und wird nach Deutschland
24 verliehen, die dadurch entstehenden „Kosten“ werden in Deutschland als Ausgaben
25 vermerkt und in der Karibik müssen dafür keine Steuern gezahlt werden. Diese Modelle sind
26 grundsätzlich zu verurteilen und sollten bei Firmen welche sich teilweise im Besitz der
27 öffentlichen Hand befinden überdacht und schnellstmöglich abgebaut werden.

1 **Antragsbereich Umwelt und VerbraucherInnenschutz**

U1 - Lichtreduktion

2 AntragstellerInnen:

3 Die Jusos Region Hannover mögen beschließen und an die SPD-Fraktionen in den
4 Kommunen der Region Hannover weiterleiten:

5 Die Kommunen der Region Hannover sollen sich, um Energie und Geld einzusparen, am
6 „Augsburger Modell“ orientieren und so Lichtimmissionen reduzieren.

7 Begründung:

8 Wir werden die Energiewende nicht schaffen, wenn wir nicht mindestens die Hälfte der
9 Energie einsparen, die wir derzeit verbrauchen. Zudem besteht hier ein Einsparungspotential
10 für die ohnehin schon stark belasteten Haushalte der Kommunen.

11 Die Stadt Augsburg geht in Sachen Lichtreduktion mit gutem Beispiel voran und fährt nach
12 Mitternacht die Beleuchtung von Straßen und Gebäuden zurück. Außerdem wurde die
13 Straßenbeleuchtung auf moderne, energiesparende Leuchtmittel (z.B. LEDs) umgestellt.
14 Dadurch spart die Stadt eine Viertel Million im Jahr ein. Das können wir in der Region
15 Hannover auch schaffen, denn es liegt nahe, dass das Einsparpotential in der Region noch
16 deutlich höher liegt.

17 Die nächtliche Beleuchtung in der Stadt ist abgesehen davon für die Gesundheit der
18 AnwohnerInnen schädlich.

19 **U2 - Auflösung des EURATOM-Vertrages so schnell wie möglich!**

20 AntragsstellerInnen: *Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz*

21 Die Jusos Region Hannover mögen beschließen:

22

- 23 1. Der EURATOM-Vertrag wird so schnell wie möglich aufgelöst.
- 24 2. Alternativ bereiten einzelne EU-Mitgliedsstaaten den eigenständigen Austritt (oder
25 als Gruppe) vor.
- 26 3. Hilft aktiv mit und unterzeichnet den Appell der Naturfreunde an die
27 Bunderegierung: [http://www.euratom-nein-danke.de/start/home/appell-gegen-](http://www.euratom-nein-danke.de/start/home/appell-gegen-euratom/)
28 euratom/

1 Begründung:

2 Die unkritische Förderung der Atomenergie ist nicht mehr zeitgemäß, daher ist nicht nur die
3 Zwangsmitgliedschaft der EU in EURATOM, sondern der gesamte Vertrag mit der
4 Förderabsicht aufzulösen.

5 Die EU-Mitgliedsstaaten sind in ihrer Mehrheit nicht pro-nuklear; in der EU betreiben
6 lediglich 14 der 27 Mitgliedstaaten Atomkraftwerke, davon haben zwei Länder (Belgien und
7 Deutschland) den Atomausstieg bereits beschlossen. Dennoch fließen weiterhin enorme
8 Summen in die Nuklearforschung, wobei der größte Anteil für das Forschungsprojekt ITER
9 (International Thermonuclear Experimental Reactor) bestimmt ist, welches sonst nicht
10 finanzierbar wäre.

11 EURATOM ist undemokratisch: Das Europäische Parlament hat kein Mitentscheidungsrecht,
12 sondern wird nur konsultiert.

13 •Viele Dokumente, beispielsweise Stellungnahmen der EU-Kommission nach Art. 41 EAGV
14 zur Sicherheit von Investitionsabsichten im Nuklearbereich sind nicht öffentlich bzw. nur
15 teilweise nach langwierigen Prozeduren zugänglich.

16 •EURATOM sieht sich nicht an die Umsetzung der Århus-Konvention gebunden: d.h. die
17 Gewährleistung des Zugangs zu Informationen, das Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung an
18 Entscheidungsverfahren und der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

19 Gutachten* belegen, dass ein Austritt aus dem EURATOM-Vertrag aufgrund
20 entsprechendem Völkergewohnheitsrechts nach dem Artikel 56 der Wiener
21 Vertragsrechtskonvention (WVK), wie auch nach dem Lissabon-Vertrag rechtlich möglich und
22 nicht an einen EU-Austritt gekoppelt ist.

23 _____
24 *Wegener, Bernhard(2007): Die Kündigung des Vertrages zur Gründung der Europäischen
25 Atomgemeinschaft (EURATOM) –Europa-, völker-und verfassungsrechtliche Optionen für
26 Deutschland. (siehe auch [http://www.raus-aus-](http://www.raus-aus-euratom.at/downloads/einseitiger_Ausstieg_EURATOM.pdf)
27 [euratom.at/downloads/einseitiger_Ausstieg_EURATOM.pdf](http://www.raus-aus-euratom.at/downloads/einseitiger_Ausstieg_EURATOM.pdf)

28 **U3 - keinen Raum lassen – VerbraucherInnen schützen**

29 AntragstellerInnen: Juso AG Südstadt-Bult

30 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Juso-
31 Bezirkskonferenz weiterleiten:

32 Wir fordern die SPD-Bundestags- sowie SPE-Fraktion auf sich dafür einzusetzen, die
33 gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um

- 34 1. versteckte Preiserhöhungen durch Verringerung der Füllmenge zu entlarven. Hierzu
35 ist die Kenntlichmachung der veränderten Füllmenge zwingend erforderlich,
36 mindestens mit einem Hinweis, wie bspw. „veränderte Füllmenge“ in lesbarer Größe

2. den Anteil des zugelassenen Luftanteils in Verpackungen strenger zu limitieren als nach aktuellem Recht

Begründung:

Zu 1)

Ein Verstoß im Sinne der Täuschung liegt derzeit nur vor, wenn bei gleicher Packungsgröße und unverändertem Design die Füllmenge ohne Hinweis verändert wird. Dies führt oft dazu, dass das Produktdesign sich nur minimalistisch verändert, oft durch Kennzeichnungen wie „neue Rezeptur“ oder „bessere Qualität“ und parallel eine Reduzierung der Füllmenge erfolgt. Hierdurch wird eine strafbare Täuschung umgangen, VerbraucherInnen aber offensichtlich getäuscht. Schuld für diese Entwicklung ist eine EU-Richtlinie von 2009, die die bis dahin geltenden Normierungen von Verpackungen abschaffte. Diese neuen Voraussetzungen sind durch eine zwingende Kennzeichnung zu verhindern.

Zu 2)

Mitunter im Bereich der Lebensmittelprodukte ist es Gang und Gebe, dass der Luftanteil der Verpackungen relativ hoch ist. Dadurch werden den VerbraucherInnen falsche Illusionen vorgetäuscht, ein offensichtlicher Vergleich von Produkten erschwert. Zudem werden Ressourcen verschwendet und damit überflüssiger Verpackungsmüll produziert. Um dem entgegenzuwirken ist es erforderlich, dass die entsprechende EU-Richtlinie angepasst wird, um den erforderlichen Luftanteil von derzeit maximal 30% auf höchstens 15% zu reduzieren.

Antragsbereich Verschiedenes

V1 - Dem König sein revolutionäres Volk

AntragsstellerInnen: Barsinghausen

Die Jusos Region Hannover mögen beschließen:

Der neue Unterbezirksvorstand setzt sich bei der Stadtratsfraktion der Stadt Hannover dafür ein, dass an dem Denkmal von Ernst August I vor dem Hauptbahnhof Hannover dauerhaft ein Schild angebracht wird, dass sich kritisch mit dem Wirken Ernst Augusts I und auf das Denkmal bezogen auseinander setzt.

Begründung:

Ernst August I hat sobald er im Amt war die relativ freiheitliche Verfassung (Staatsgrundgesetz) seines Vorgängers aufgehoben und damit bereits erzielte Erfolge politischen Fortschritts wieder zurückgedreht. Außerdem hat er die Professuren der „Göttinger Sieben“ (Professoren der Universität Göttingen: Wilhelm Eduard Albrecht, Friedrich Christoph Dahlmann, Heinrich Ewald, Georg Gottfried Gervinus, Jacob und Wilhelm

1 Grimm und Wilhelm Eduard Weber) aufgehoben, nachdem sie gegen diesen Rückschritt
2 protestierten. Das Denkmal wurde auch nicht, wie es fälschlicherweise aussagt vom „treuen
3 Volk des Königs“ aufgestellt, sondern von Ernst Augusts I Sohn.

4 **V2 - Monarchie endlich überwinden! – Kunst im öffentlichen Raum fördern!**

5 AntragsstellerInnen: Juso-AG NordWest Hannover

6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
7 zuständigen SPD-Gremien weiterleiten:

8 Das Ernst-August-Denkmal vor dem Hauptbahnhof wird zurückgebaut und durch ein
9 öffentlich ausgeschriebenes Kunstwerk zum Thema „Unterm Schwanz“ ersetzt.

10 Begründung:

11 Durch die Monarchie wurde Deutschland in den Ersten Weltkrieg geführt, dessen Beginn sich
12 in diesem Sommer leider zum 100sten Mal jährt. Das Denkmal vor dem Hauptbahnhof ehrt
13 einen Monarchen, ist damit Sinnbild der Monarchie und folgerichtig ein Relikt aus
14 vordemokratischer Zeit. Es symbolisiert einen menschenfeindlichen Unterdrückerstaat, der
15 durch den Spruch „Dem Landesvater sein treues Volk“ auch noch zynisch den Alltag in der
16 Monarchie kommentiert.

17 Um jedoch dem bereits eingebürgerten Treffpunkt „Unterm Schwanz“ nicht zu verlieren, ist
18 es richtig, eine Ausschreibung für Kunst im öffentlichen Raum zu machen, die zu genau
19 diesem Treffpunkt passt.

20 **V3 - Sporthallen auch in den Ferien öffnen**

21 AntragsstellerInnen: Juso-AG Linden-Limmer

22 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Regions- und Ratsfraktion der SPD
23 Hannover bzw. an den SPD-Unterbezirksparteitag der Region Hannover und den SPD-
24 Stadtverbandsparteitag Hannover weiterleiten:

25 Der Juso Unterbezirk Hannover fordert die Sporthallen auch in den Ferien zu öffnen und den
26 Vereinen und anderen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Punkte die es zu beachten gibt:

- 27 - um Weihnachten herum, also ab Weihnachtsferienbeginn bis einschließlich 02.
28 Januar, können die Sporthallen weiter geschlossen bleiben,
- 29 - für die Oster-, Sommer- und Herbstferien, soll es stets eine Frist geben, bis zu der
30 sich die Vereine ihre Hallenzeiten sichern können. Meldet sich kein Verein, kann die
31 Halle geschlossen werden.

- 1 - wird die Halle unzureichend belegt, z.B. nur eine Zeit in der Woche, kann die
2 Hallenverwaltung die ganze Halle schließen.

3 Begründung:

4 Derzeit gibt es eine Mischform. Die Hallen können zum Teil angemietet werden, aber auch
5 nicht immer. Die Gründe sind oftmals nicht zu verstehen. Daher wäre eine einheitliche und
6 transparente Lösung wünschenswert.

7 Die Sporthallen sind für die Vereine von elementarer Bedeutung. Vereine leisten einen
8 wertvollen Beitrag in der Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, sie haben aber
9 auch eine soziale Verantwortung. Vereine vermitteln Werte, wie Fairness, Verantwortung
10 und Toleranz. Es muss im Interesse der Stadt sein, die Vereine in dieser Arbeit zu
11 unterstützen und auch in den Ferien die Sporthallen zur Verfügung zu stellen. So können die
12 Vereine ihr Angebot aufrechterhalten und Kinder und Jugendliche weiter beschäftigen.

13 Ein Verein klärt intern, ob und wann er Hallenzeiten benötigt und meldet den Bedarf an die
14 Hallenverwaltung. Durch das aktive Melden der Vereine, wird ein Leerstand bei geöffneter
15 Halle vermieden. Schließlich möchte kein Verein für Hallenzeiten zahlen, die er gar nicht
16 nutzt.

17 **V4 - Bußgeldkatalog nach skandinavischem Modell!**

AntragstellerInnen: Jusos Hannover-Südost

18
19 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die
20 Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen weiterleiten:

21
22 Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Landtagsfraktion und die niedersächsischen SPD-
23 Bundestagsabgeordneten auf, ...
24
25 sich für eine Änderung des Bußgeldkatalogs im Straßenverkehr einzusetzen und daraufhin zu
26 wirken, dass Bußgelder von mehr als 40€, nach skandinavischem Modell, Tagessatz abhängig
27 erhoben werden und damit eine einkommensabhängige Strafhöhe eingeführt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

V5 - Wahlrecht von Geburt an

AntragstellerIn: Juso AG Südstadt-Bult

Die Juso-Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Juso-Landes- sowie Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Jusos der Region Hannover fordern eine grundlegende Änderung des Wahlrechts, damit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren dieses wichtige politische Grundrecht nicht mehr vorenthalten wird.

Laut Artikel 20 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volke aus, dennoch wird bislang durch die Altersgrenze von 18 Jahren ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der Wahlrechtsausübung ausgeschlossen. Um diese Form der Altersdiskriminierung zu beseitigen und um die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu wahren und zu repräsentieren, sind folgende Maßnahmen zügig umzusetzen:

1. Die Änderung der Verfassung dahingehend, dass der erste Halbsatz des Art. 38 Abs. 2 ersatzlos gestrichen wird. Dadurch entfällt die Altersbeschränkung für das aktive Wahlrecht, das passive Wahlrecht ist weiterhin an die Volljährigkeit geknüpft.
2. Gesetzliche Änderungen durch ein Bundesgesetz, wodurch das Wahlrecht für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren durch die gesetzlichen Vertreter stellvertretend wahrgenommen werden kann. Mit Vollendung des 16. Lebensjahres erlischt dieses Stellvertretungsrecht und der Jugendliche kann nur noch selbst sein Wahlrecht wahrnehmen.
Da im Großteil der Fälle zwei gleichberechtigte gesetzliche Vertreter, sprich die Eltern, vertretungsberechtigt sind, ist das Stimmrecht zu gleichen Teilen auf beide Vertreter aufzuteilen. Für eine Familie mit zwei Kindern würde das dann zum Beispiel ein zusätzliches Stimmrecht für beide Elternteile bedeuten.
3. Analoge Regelungen sind auch für die Europawahl, Landtagswahlen sowie für Kommunalwahlen zu treffen.

Begründung:

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 waren knapp 34 % der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt, bei der nächsten Bundestagswahl voraussichtlich im Jahr 2017 werden mehr als 50 % der Wahlberechtigten über 55 Jahre alt sein. Gleichzeitig haben fast 13 Millionen BürgerInnen kein Stimmrecht, also knapp 16 % der Bevölkerung, allein weil sie die Altersgrenze von 18 Jahren unterschreiten. Hier setzt ein grundsätzliches Legitimationsproblem ein. Obwohl Kinder und Jugendliche ebenso StaatsbürgerInnen dieses Landes sind und ein berechtigtes Interesse an der Zukunft Deutschlands haben, können sie bei Wahlen nicht selbst oder durch einen Stellvertreter in ihrem Sinne Einfluss auf die politischen Mehrheiten nehmen. Gerade in einer Zeit, in der politische Entscheidungen getroffen werden, deren Auswirkungen erst in weiter Zukunft spürbar werden, haben die eigentlich Betroffenen keine Stimme. Das Voranschreiten der europäischen Integration, der Auf- oder Abbau der Staatsverschuldung,

1 Eingriffe in die Umwelt oder auch die zukünftige Ausgestaltung des
2 Sozialversicherungssystems: diese und andere Fragen werden heute von einem Wahlvolk
3 entschieden, welches nicht das gesamte Volk sondern überproportional das obere Ende der
4 Altersskala widerspiegelt.

5 Durch das Wahlrecht von Geburt an wird jedem Deutschen altersunabhängig das Wahlrecht
6 zugestanden. Schon jetzt sieht das Gesetz in Deutschland vor, dass wichtige Entscheidungen
7 für Kinder und Jugendliche durch gesetzliche Vertreter getroffen werden. Dieses
8 Stellvertretungsrecht wird bei Minderjährigen auf das Wahlrecht übertragen. Im Regelfall
9 sind es also die Eltern, die das Wahlrecht treuhänderisch im Sinne ihrer Kinder ausüben.
10 Schließlich kann ihnen ein berechtigtes Interesse an der Zukunft des Landes und damit auch
11 der Zukunft ihrer Kinder zugesprochen werden. Mit der Vollendung des 16. Lebensjahres ist
12 eine Stellvertretung durch die gesetzlichen Vertreter nicht mehr möglich, was ja auch die
13 derzeitige Beschlusslage von SPD und Jusos bezüglich des Wahlalters von 16 Jahren
14 widerspiegelt.

15 Auch wenn die „Höchstpersönlichkeit“ der Wahl durch die Stellvertretung ein Stück weit
16 zurückgedrängt wird, so können doch die wesentlichen Wahlgrundsätze gewahrt werden.
17 Das Wahlgeheimnis bleibt durch das Splitting des Wahlrechts auf beide Elternteile gewahrt.
18 Die Wahl wäre zudem „allgemeiner“ und „gleicher“ als je zuvor, da nun alle
19 StaatsbürgerInnen unbesehen des Alters eine Stimme hätten. Die gesetzlichen Vertreter
20 verfahren mit ihrem zusätzlichen Stimmrecht wie es das geltende Recht für alle anderen
21 Belange schon vorsieht: nicht im Eigeninteresse, sondern zum Wohle und entsprechend der
22 Interessen des Kindes.

23 Das Wahlrecht von Geburt an ist somit ein Schritt zu mehr Demokratie und vor allem zur
24 Wahrung der Generationengerechtigkeit. Die Belange von Kinder und Jugendlichen und
25 deren Interesse an der Zukunft des Landes werden dadurch verstärkt in den Fokus gerückt
26 und repräsentiert, auch im Vergleich zu den berechtigten Interessen der älteren
27 MitbürgerInnen.

1 Die Internationale

Die Internationale

Musik: Pierre C. Degeyter



2

3

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

Refrain: Völker, hört die Signale!

Auf zum letzten Gefecht!
Internationale erkämpft das Menschenrecht
In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben,
Nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Die Erst wenn wir sie vertrieben haben
scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

Refrain

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte,
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht! dann

Refrain

Zur Geschichte der Internationalen

Eugene Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), den ersten ernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiterbewegung, die 1864 von Karl Marx initiiert worden war. Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der *zweiten*, bzw. der Sozialistischen Internationalen.

Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein.

Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.

Zu neuem Leben erwachte *Die Internationale* im Oktober 1989 in der DDR, wo Tausende demonstrierender Bürger mit dem Absingen des alten Liedtextes auf das Missverhältnis zur sozialistischen Wirklichkeit hinwiesen.